



COMMUNE DE
Strassen

Séances du conseil communal
du 07.12.2022 et du 14.12.2022

08
22

strassen.lu

EIS GEMENG

De Gemengebuet vu Stroossen

08

22

Séances du conseil communal du 07.12.2022 et du 14.12.2022

DE

Gemeinderatssitzung
vom 07. Dezember 2022 P04

Gemeinderatssitzung
vom 14. Dezember 2022 P10

FR

Séance du conseil communal
du 07 décembre 2022 P20

Séance du conseil communal
du 14 décembre 2022 P26

EN

Communal Council meeting
of 07 December 2022 P35

Communal Council meeting
of 14 December 2022 P41



COMMUNE DE

Strassen

📍 1, Place Grande-Duchesse Charlotte
B.P. 22, L-8001 Strassen

☎ +352 31 02 62 - 1

✉ reception@strassen.lu

🌐 www.strassen.lu

📘 Commune de Strassen

📷 Strassen_Stroossen

🌐 CityApp : Strassen

IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :
brain&more

Photos :
101 Studios
Martine Pinnel
Commune de Strassen



Klima-Bündnis
Lëtzebuerg

Pacte **Climat** CLIMAT
2021-2025
Ma commune s'engage pour le climat

LES MEMBRES DU CONSEIL COMMUNAL

PUNDEL Nico

Bourgmestre - CSV



WELTER-GAUL Betty

Échevin - LSAP



ROOB Jean Claude

Échevin - LSAP



AREND Anne

Conseillère - CSV



**BESTGEN-MARTIN
Maryse**

Conseillère - Déi Gréng



**DIESCHBURG-
NICKELS Martine**

Conseillère - DP



DOMINGUES Isabel

Conseillère - LSAP



DURRER Jean-Marie

Conseiller - CSV



FISCHER Marc

Conseiller - DP



GLESENER Laurent

Conseiller - DP



KANDEL Léandre

Conseiller - DP



KLENSCH Paul

Conseiller - LSAP



LINDEN Anne-Marie

Conseillère - Déi Gréng

Gemeinderatssitzung vom 07. Dezember 2022

TAGESORDNUNG

1. **Billigung der Rangfolge des Gemeinderats.**
2. **Vorlage des berechtigten Haushaltsentwurfs 2022 und des Haushaltsvoranschlags 2023.**
3. **Billigung einer notariellen Urkunde.**
4. **Beschlüsse über die Ausübung eines Vorkaufsrechts.**
5. **Billigung des Haushaltsentwurfs des Sozialamts für das Jahr 2023.**
6. **Ernennungen auf freie Stellen im Sozialamt.**
7. **Bestätigung mehrerer befristeter Verkehrsregelungen.**
8. **Änderung der allgemeinen Verkehrsordnung.**
9. **Änderung des Beschlusses über die Zuweisung einer Kassenverlustentschädigung.**
10. **Ernennung eines Schriftführers der Mietkommission.**

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Betty Welter-Gaul (LSAP), erster Schöffe; Jean Claude Roob (LSAP), zweiter Schöffe. Anne Arend (CSV); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Isabel Domingues (LSAP); Jean-Marie Dürrer (CSV); Marc Fischer (DP); Laurent Glesener (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng), Gemeinderatsmitglieder. Sekretär: Christian Muller.

ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Léandre Kandel (DP), Gemeinderatsmitglied.

Vor Sitzungsbeginn vereidigt Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) im Beisein der Schöffen Betty Welter-Gaul (LSAP) und Jean Claude Roob (LSAP) das neue Gemeinderatsmitglied Anne-Marie Linden (déi Gréng). Sie rückt für die zurückgetretene Claire Remmy (déi Gréng) in den Gemeinderat nach.

1. Billigung der Rangfolge des Gemeinderats.

In ihrer Antrittsrede spricht die neue Gemeinderätin, die seit 16 Jahren in der Gemeinde Strassen lebt und seit 2009 Mitglied der Partei „déi Gréng“ ist, die wichtigsten Punkte ihrer Ziele im Gemeinderat an: Als Mutter liegt ihr ganz besonders das Wohlergehen der Kinder am Herzen. Sie sollen sich in der Gemeinde wohl und sicher fühlen, in der Schule und in der Maison Relais eine qualitativ hochwertige Betreuung genießen, einen sicheren Schulweg haben sowie zahlreiche Spielplätze, Straßen, die nicht nur für Autos da sind, und eine Ortschaft ohne Lärm, in der sich alle wohlfühlen. In diesem Sinne bietet sie allen Mitgliedern des Gemeinderats eine gute Zusammenarbeit in diesem Gremium an.

Als erster Punkt der Tagesordnung wird die neue Rangfolge der Gemeinderatsmitglieder entsprechend der Dauer ihrer Ratszugehörigkeit wie folgt einstimmig gebilligt: Léandre Kandel (DP), Nicolas Pundel (CSV), Jean-Marie Dürrer (CSV), Betty Welter-Gaul (LSAP), Marc Fischer (DP), Laurent Glesener (DP), Martine Dieschburg-Nickels (DP), Jean Claude Roob (LSAP), Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Paul Klensch (LSAP), Anne Arend (CSV), Isabel Fernandes Domingues (LSAP), Anne-Marie Linden (déi Gréng).

2. Vorlage des berechtigten Haushaltsentwurfs 2022 und des Haushaltsvoranschlags 2023.

Nachdem er allen Personen gedankt hat, die an der Vorbereitung des berechtigten Haushalts 2022 und des Haushaltsvoranschlags 2023 beteiligt waren, stellt Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) das 170 Seiten umfassende Dokument vor, das mit einem geschätzten endgültigen Plus von 3.211.816,65 € für 2023 abschließt. Der Bürgermeister vergleicht die Zahlen des berechtigten Haushalts 2022 mit den im Haushalt 2023 veranschlagten Zahlen.

Im ordentlichen Haushalt steigen die Einnahmen aus der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und dem Fonds für die globale Ausstattung der Gemeinden von 39.242.485,07 € auf 41.111.284,90 € (die erste Zahl entspricht dem berichtigten Haushalt des Jahres 2022, die zweite dem Haushaltsvoranschlag für 2023).

Insgesamt klettern die im ordentlichen Haushalt eingetragenen Einnahmen von 46.365.508,45 € auf 47.799.781,15 €.

In Bezug auf die ordentlichen Ausgaben verweist der Bürgermeister u. a. auf die Schuldentrückzahlung von 951.000 € für 2023 und die 4 Millionen Euro, die in den Rücklagenfonds eingebracht werden.

Bei rund 10.500 Einwohnern, von denen 61 % Nicht-Luxemburger sind und 25 % der verbleibenden 39 % eine doppelte Staatsbürgerschaft haben, müsse man stets um Integration bemüht sein, da die Bürger froh seien, wenn sie integriert würden.

Nicolas Pundel (CSV) erwähnt auch die Ausgaben für das Jugendhaus (von 161.000 € auf 361.000 €) im Zusammenhang mit dem Einsatz eines Streetworkers (aufsuchende Jugendarbeit), um sich um die Jugendlichen zu kümmern, den Club Senior (311.000 €), das Centre Riedgen (von 629.000 € auf 644.000 €) und das Essen auf Rädern (142.850 €).

Die Ausgaben für die Krippen und Kindertagesstätten steigen von 711.437 € auf 758.937 €, während die für die Maison Relais von 2.404.300 € auf 2.310.200 € zurückgehen.

Der Unterhalt der Sportinfrastruktur beläuft sich auf 844.000 €, während weitere 307.000 € für Zuschüsse und sportliche Betreuung ausgegeben werden.

Ferner nennt der Bürgermeister die Ausgaben der Gemeinde für die „Thermes“ (von 1.796.200 € auf 1.846.000 €), das Pfadfinderheim (51.000 €) sowie die Gesamtausgaben für öffentliche kulturelle und andere Feste in Höhe von 1.073.800 €.

Im Bereich Umweltschutz steigen die Kosten für die Abfallentsorgung von 1.208.800 € auf 1.298.800 € und für die Abwasserklärung von 824.840 € auf 919.840 €.

322.000 € werden für Energiesparmaßnahmen verwendet. Insgesamt klettern die Ausgaben in diesem Bereich von 2.405.011,33 € auf 2.912.469,36 €.

Der Unterhalt der Wohnungen steigt von 345.559,06 € auf 574.759,06 €, die Pflege öffentlicher Orte von 468.000 € auf 543.000 €, und mit den Kosten für Verkehr, öffentliche Plätze, Straßen und Wege kommt man auf etwa 2 Millionen Euro.

Die Ausgaben für die Trinkwasserversorgung steigen von 1.243.772,63 € auf 1.510.272,63 €.

Die Gemeinde Strassen gibt etwa 1 Million Euro für die Sicherheit in der Gemeinde aus (Gemeindebeamte, Feuerwehr, Sicherheitskleidung und -training usw.).

Was die Kosten für die Instandhaltung der kommunalen Gebäude betrifft, verweist Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) auf die Arbeiten, die im Lion d'Or, im Centre Barblé und in der Kirche durchgeführt werden müssen, sowie auf die Anpassung an sich ständig wandelnde Konformitätsanforderungen und Sicherheitsvorschriften.

Die Kosten für den Betrieb der Grundschule belaufen sich auf 2.349.795,48 € im Haushalt 2023 gegenüber 2.282.395,57 € im Vorjahr. Hinzu kommen noch die Kosten für die Musikschule (620.419,79 € gegenüber 656.750 €) sowie die Kosten für diverse andere Kurse.

Insgesamt betragen die Ausgaben des berichtigten ordentlichen Haushalts für 2022 37.782.138,77 € und die des Haushalts 2023 45.493.177,01 €.

Im Jahr 2022 waren insgesamt 90,31 Vollzeitstellen bei der Gemeinde beschäftigt, gegenüber 113,69 Ende 2023. Die Personalausgaben steigen demnach von 9,9 Millionen Euro auf 10,8 Millionen Euro, was 28,5 % der ordentlichen Ausgaben von 41.493.177,01 € entspricht (45.493.177,01 € abzüglich der 4 Millionen Euro für den Rücklagenfonds).

Mit diesen 4 Millionen Euro umfasst der Rücklagenfonds der Gemeinde Strassen 25.410.632,81 € zum 31. Dezember 2023, während sich die Gesamtverschuldung zu diesem Zeitpunkt auf 4.989.354,60 € beläuft.

Im außerordentlichen Haushalt 2023 sind Einnahmen in einer Gesamthöhe von 6.485.649 € vorgesehen, gegenüber 2.245.691 € im berichtigten Haushalt 2022.

Als außerordentliche Investitionen sind geplant:

Kauf von Immobilien	8.500.000 €
Bau eines Fußballplatzes	4.000.000 €
Kauf von Sozialwohnungen PAP	
Rue Weyrich	1.730.053 €
Neugestaltung Piesch-Siedlung	1.500.000 €
Neugestaltung Lion d'Or	1.400.000 €
Beteiligung an der Kläranlage Beggen	1.377.000 €
Einrichtung einer Skaterbahn	1.250.000 €
Ausbau der Gemeindewerkstatt	1.200.000 €
Bau der Karatehalle	750.000 €
Neugestaltung Route d'Arlon,	
Rue Follereau & Rue des Romains	600.000 €
Kauf neuer Fahrzeuge	500.000 €
Kanalisationsarbeiten	500.000 €
Neugestaltung Ortskern Strassen	464.306 €
Einrichtung öffentlicher Toiletten	450.000 €
Neugestaltung Rue des Carrefours	400.000 €
Bau von Tinyhouses	400.000 €
Arbeiten am Gemeindesaal	365.000 €
Renovierung und Vergrößerung	
Quelle Brameschberg	361.000 €
Ausbau Centre Riedgen	350.000 €
Neugestaltung Rue des Romains	250.000 €
Bau einer Leichenhalle	250.000 €
Neugestaltung Apotheke	250.000 €
Neugestaltung CTALD	250.000 €
Photovoltaikanlagen	200.000 €
Bau von Sozialwohnungen	200.000 €
Neugestaltung Rue de Reckenthal	200.000 €
Erneuerung der Wasserleitungen	200.000 €
Abriss von Gebäuden	200.000 €
Bau einer Schule	200.000 €
Arbeiten am Kohnen-Haus	150.000 €
Urbanismus	150.000 €
Arbeiten am Feltgen-Haus	100.000 €

Tabelle des überarbeiteten Haushalts 2022

	ordentlicher Betrieb	außerord. Betrieb
Gesamteinnahmen	46.365.508,45	2.245.691,00
Gesamtausgaben	37.782.138,77	24.450.350,61
Überschuss 2022	8.583.369,68	

Defizit 2022		22.204.659,61
Mehrbetrag 2021	36.762.881,02	
Fehlbetrag 2021		
Gesamtmehrbetrag	45.346.250,70	
Gesamtfehlbetrag		22.204.569,61
Transfer vom ordentlichen		
zum außerordentlichen		
Haushalt	-22.204.569,61	+22.204.569,61
Erwarteter		
Mehrbetrag 2022	23.141.591,09	

Tabelle des Haushaltsvoranschlags 2023

	ordentlicher Betrieb	außerord. Betrieb
Gesamteinnahmen	47.799.781,15	6.485.649,00
Gesamtausgaben	45.493.177,01	28.722.027,58
Überschuss 2023	2.306.604,14	
Fehlbetrag 2023		22.236.378,58
Mehrbetrag 2022	23.141.591,09	
Fehlbetrag 2022		
Gesamtmehrbetrag	25.448.195,23	
Gesamtfehlbetrag		22.236.378,58
Transfer vom ordentlichen		
zum außerordentlichen		
Haushalt	-22.236.378,58	+22.236.378,58
Erwarteter		
Mehrbetrag 2023	3.211.816,65	

3. Billigung einer notariellen Urkunde.

Eine notarielle Urkunde über die kostenlose Abtretung einer Parzelle von 0,12 Ar auf der Chaussée Blanche in Strassen wird einstimmig angenommen.

4. Beschlüsse über die Ausübung eines Vorkaufsrechts.

Auf Vorschlag des Schöffenkollegiums verzichtet der Gemeinderat einstimmig auf die Ausübung seines Vorkaufsrechts in Bezug auf zwei Ackerflächen „In der Seiwelscht“ mit einer Fläche von 19,50 Ar und 18,70 Ar, die zu einem Verkaufspreis von 3,9 Millionen Euro angeboten werden.

Ebenfalls einstimmig verzichtet der Gemeinderat auf sein Vorkaufsrecht bezüglich eines 5,48 Ar großen Grundstücks in der Rue Henri Dunant in Strassen mit einem Verkaufspreis von 1.770.000 €.

5. Billigung des Haushaltsentwurfs des Sozialamts für das Jahr 2023.

Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) stellt den Haushalt des Sozialamts für das Jahr 2023 vor.

Der berichtigte Haushalt 2022 weist Einnahmen von 514.377,79 € bei Ausgaben von 514.206,94 € aus, was einen Nettogewinn von 170,85 € ergibt – der wiederum mit dem Überschuss von 11.005,63 € aus dem Vorjahr zu einem Gesamtplus von 11.176,48 € führt. Der außerordentliche Haushalt hinterlässt ab 2021 einen Überschuss von 89.231,08 €.

Der Haushalt 2023 sieht Einnahmen in Höhe von 639.170,00 € bei Ausgaben in Höhe von 649.977,04 € vor, was ein Defizit von 10.807,04 € zur Folge hat. Kompensiert durch den Überschuss aus dem Jahr 2022 schließt der ordentliche Haushalt 2023 mit einem Plus von 369,44 € ab. Der Überschuss des außerordentlichen Haushalts aus dem Vorjahr bleibt unverändert bei 89.231,08 €.

Nachdem sie allen Mitarbeitern des Sozialamts ihren Dank ausgesprochen hat, kommentiert Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) die Zahl der bearbeiteten Dossiers, die mit 268 um 12,88 % höher ausfiel als im Vorjahr. Zudem wurden 23 % mehr Voucher ausgegeben, 17 % mehr für Arztbesuche. Insgesamt 91 neue Fälle wurden 2022 bearbeitet, und selbst wenn die Zahl der Besuche im Büro um 13 % rückläufig war, wurden doch 2.458 Schritte unternommen.

Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Dürrer (CSV) dankt Betty Welter-Gaul (LSAP) für ihre Arbeit, die nicht nur für Menschen mit Behinderung wichtig ist, sondern auch für solche, die ihr Leben nicht bewältigen können.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) unterstreicht auch, dass jeder irgendwann einmal in eine Notlage geraten kann, weshalb ein Sozialamt wichtig ist, auch wenn dessen Arbeit nicht immer einfach ist.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) schließt sich dem Dank an alle Mitarbeiter des Sozialamts an und fragt, warum im Haushalt nicht bereits Mittel für die zu erwartenden Anträge auf Unterstützung bei den Heizkosten vorgesehen sind.

In diesem Punkt verweist Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) auf den Energiezuschuss des Staats und die kommunale Beihilfe.

Laut Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) könnte angeregt werden, dass Betroffene an Workshops gegen Verschwendung teilnehmen, um übermäßigen Konsum und Überschuldung zu vermeiden. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass das Sozialamt diese Fälle an die entsprechenden Organisationen weiterleitet, während Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) die Bedeutung der sozialen Begleitung hervorhebt.

Der Haushalt des Sozialamts wird einstimmig gebilligt.

6. Ernennungen auf freie Stellen im Sozialamt.

Von den vier periodisch ausscheidenden Mitgliedern des Sozialamts hat Rose Faber ihre Kandidatur nicht erneuert. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) dankt ihr für ihren Einsatz und ihre ausgezeichnete Arbeit im Sozialamt seit 2007.

Fünf Kandidaten haben sich auf die vier freien Stellen beworben. In geheimer Wahl werden Maryse Bestgen, Malou Cannels, Anne-Marie Linden und Daniel Thein zu neuen Mitgliedern des Sozialamts gewählt.

7. Bestätigung mehrerer befristeter Verkehrsregelungen.

Diverse dringende temporäre Verkehrsregelungen werden im Nachhinein einstimmig genehmigt.

8. Änderung der allgemeinen Verkehrsordnung.

Die allgemeine Verkehrsordnung in Strassen wird dahingehend geändert, dass die Rue des Romains in Strassen zwischen der Rue des Carrefours und der Rue de la Chapelle zu einer Fahrradstraße mit Vorrang für Radfahrer wird, in der die Höchstgeschwindigkeit auf 30 Stundenkilometer begrenzt ist.

Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Dürrer (CSV) begrüßt diese Maßnahme, die Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) nach eigenen Angaben vor den aus Sicherheitsgründen geplanten strukturellen Veränderungen umsetzen wollte, woraufhin sich Gemeinderats-

mitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) nach dem Zeitpunkt dieser Arbeiten erkundigt.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) möchte wissen, warum Radfahrer, die von der Kreuzung der Route d'Arlon und der Rue de la Chapelle kommen, nicht direkt nach links in die Rue des Romains abbiegen dürfen. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) zufolge hat die Straßenbauverwaltung (Administration des Ponts et Chaussées) dies aus Sicherheitsgründen nicht genehmigt.

9. Änderung des Beschlusses über die Zuweisung einer Kassenverlustentschädigung.

Der Gemeinderat billigt einstimmig die aktualisierte Liste der Gemeindebediensteten, die eine Kassenverlustentschädigung erhalten.

10. Ernennung eines Schriftführers der Mietkommission.

In geheimer Abstimmung billigt der Gemeinderat den Rücktritt von Gemeinsekretär Christian Muller als Schriftführer der Mietkommission und ernennt – ebenfalls in geheimer Abstimmung – Jordan Blanco zum neuen Schriftführer dieser Kommission.

11. Antrag der DP-Partei zum Projekt des neuen Schulgebäudes.

Dieser Antrag war bei der vorherigen Sitzung des Gemeinderats aus Zeitgründen verschoben worden.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) ist der Ansicht, dass das Projekt des neuen Schulgebäudes, für das bereits ein Architekturwettbewerb stattgefunden hat, in die Zuständigkeit der Gemeindekommission für große Bauvorhaben fällt. Nicht nur das Schulpersonal, sondern auch ein Teil der Bevölkerung sollte einbezogen werden, da das Ganze Teil des Projekts „Strassen 2030“ ist.

Man möchte verhindern, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt endgültige Pläne vorgelegt werden, auch wenn es um ein Projekt geht, das bereits seit 10 Jahren in der Diskussion steht. Es gilt eine gewisse Distanz zu wahren, um das globale Konzept besprechen zu können.

Besorgniserregend ist auch, dass das Projekt für einen Zeitraum von fünf Jahren angesetzt ist, obwohl noch gar nicht bekannt ist, ob und wann der neue Fußballplatz fertiggestellt sein wird. Denn erst dann kann das Projekt anlaufen, so dass noch genügend Zeit bleibt, über das Projekt zu diskutieren, insbesondere wegen des finanziellen Engagements und der städtebaulichen Auswirkungen auf die Gestaltung der Ortschaft in den nächsten 30 Jahren.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) zufolge beschäftigen die Pläne für Schule und Fußballplatz die Bürger. Sie stellt sich Fragen hinsichtlich der Berechnung der Entwicklung der Schülerzahlen in den nächsten Jahren, der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung in den nächsten 15 Jahren – die Schule muss schließlich auch in den Gesamtplan des Ortes passen. Sie erinnert an einen Besuch im Jahr 2019 und den Sinneswandel betreffend eine gemeinsame Nutzung von Maison Relais und Schule. Sie ist erstaunt, dass bereits ein von einem Architekten ausgearbeiteter Entwurf vorliegt, und hätte gerne Diskussionen und Treffen zumindest mit den Gruppenmitgliedern von damals sowie mit dem Lehrpersonal und der betroffenen Bevölkerung gehabt, um ein gemeinsames Lastenheft erarbeiten zu können. Sie erkundigt sich noch einmal nach der Auslobung eines Architekturwettbewerbs, wer den Architekten ausgewählt und über die Summe von 25 Millionen Euro befunden hat. Sie sei als Mitglied des Gemeinderats von niemandem informiert worden. Daher die eindringliche Bitte um Transparenz und eine Einbindung der Bevölkerung. Zudem habe der Gemeinderat das Projekt noch gar nicht diskutiert. Man müsse sich zusammensetzen und alles besprechen – vom Fußballplatz bis zu den Finanzen – damit sich die Leute einbezogen fühlten. Sie hätte wirklich gerne mehr Transparenz gesehen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Juni die nächste Kommunalwahl ansteht und der nächste Gemeinderat mit dem vom jetzigen Gemeinderat aufgestellten Haushalt weiterarbeiten muss.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) kann die Einwände der DP nicht nachvollziehen. Zum einen sei das Lastenheft gemeinsam mit dem pädagogischen Team erarbeitet und in einen Architekturwettbewerb eingebettet worden, dessen Gewinner dann eine Jury ermittelte.

Zum anderen sei dieses Projekt klar umrissen und bei einem Architekten in Auftrag gegeben, so dass aus den vorgesehenen 25 Millionen Euro nicht plötzlich viel mehr werden könnten.

Klar sei jedoch auch: Wenn der Architekt mit der Arbeit beginnt, wird sich die Gruppe noch einmal treffen, mit mindestens je zwei Vertretern der Schule und der Maison Relais, sowie mit Eltern, um das Projekt fortzusetzen.

Anschließend äußert sich der Bürgermeister zu den Schülerzahlen: Die Gemeinde verfolge seit einiger Zeit die Entwicklung der Anzahl Kinder, da man wisse, wie diese Entwicklung nach einem bestimmten Schlüssel mit dem Bevölkerungswachstum einhergehe. Das Problem sei eher, wie schnell man bauen könne.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) ist sich der Bevölkerungszunahme und der Notwendigkeit bewusst, eine neue Schule zu bauen. Dieser Bau entstehe nun an der vorgesehenen Stelle am Fußballplatz, ohne jedoch der Entwicklung des Ortskerns und der Mobilität Rechnung zu tragen. Er befürchtet, dass sich nach dem

Bau der Schule jedoch im Ortskern nichts ändert. Daher wäre es besser gewesen, die Pläne mit mehr Leuten zu besprechen.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) betont, dass die Pläne den auf Berechnungen basierenden Verkehrsfluss berücksichtigen und somit nichts dem Zufall überlassen wurde. Das Schulprojekt sei hier auch diskutiert worden. Der Ortskern sei ein anderes Thema und daher gesondert zu behandeln.

Da sei die wichtigste Frage die Gestaltung des Platzes vor dem Rathaus, während bei der Schule ein anderes Thema vorherrsche. Demzufolge werde für die Schule eine Gruppe eingerichtet, zu der auch Mitglieder des Gemeinderats gehörten. Der Architekt sei zwar schon ausgewählt, aber die Arbeiten würden erst beginnen.

Was nun die Planung des Ortskerns angehe, müsse man sehen, wie das Problem gelöst werden könne.

Bei der nächsten Sitzung am Mittwoch, 14. Dezember, finden die Diskussion und die Abstimmung über den Gemeindehaushalt statt.

Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2022

TAGESORDNUNG

1. **Ausarbeitung einer Stellungnahme im Rahmen des PDAT-Projekts.**
2. **Genehmigung mehrerer notarieller Urkunden**
3. **Genehmigung eines Mietvertrags.**
4. **Diskussion und Abstimmung im Rahmen des Entwurfs des berichtigten Haushaltsplans 2022 und des Haushaltsvoranschlags 2023.**
5. **Verschiedenes.**
6. **Personalangelegenheiten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)**
 - a) **Beschlüsse über die endgültige Ernennung eines Gemeindebeamten.**

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Betty Welter-Gaul (LSAP), erster Schöffe; Jean Claude Roob (LSAP), zweiter Schöffe. Anne Arend (CSV); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Isabel Domingues (LSAP); Marc Fischer (DP) (bis zum 4. Punkt der Tagesordnung); Laurent Glesener (DP); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng), Gemeinderatsmitglieder. Sekretär: Christian Muller.

ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Jean-Marie Dürrer (CSV) (Vollmacht an Anne Arend); Marc Fischer (DP) (ab Tagesordnungspunkt 5), Gemeinderatsmitglieder.

1. **Ausarbeitung einer Stellungnahme im Rahmen des PDAT-Projekts.**

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erläutert das vor etwa zwei Monaten von Claude Turmes, dem Minister für Raumordnung, vorgestellte „Programme Directeur de l'Aménagement du Territoire“ (PDAT) mit dem die Regierung die Voraussetzungen für eine nachhaltige Raumordnung schaffen will. Dieses soll ein wesentliches Instrument und Bindeglied zwischen den Gemeinden

und dem Ministerium sein, wenn es um die territoriale Verteilung der Landstriche, die rationelle Nutzung der Flächen, die Schaffung ausgewiesener Zentren für die Bereiche Leben und Arbeiten und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen in Hinblick auf eine wachsende Bevölkerung und Volkswirtschaft geht. Damit soll verhindert werden, dass die Entfernungen zwischen Wohnort und Arbeitsplatz immer größer werden, die Innenstädte immer leerer werden und Niederlassungen auf dem Land zunehmen.

Diese Überlegungen waren Ausgangspunkt für die Ausarbeitung des PDAT, dessen Zielsetzungen die Verbesserung der Lebensqualität und der Gesundheit, die Verringerung von Lärm, Verkehr und Lichtverschmutzung, die Verbesserung der Luftqualität und die Bekämpfung des Klimawandels sind.

Das Programm geht von einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 10.000 bis 13.000 Einwohnern bis 2060 aus, mit bis zu 1.200.000 Einwohnern in Luxemburg. In diesem Szenario ist die Gemeinde Strassen Teil des Ballungsgebiets rund um die Hauptstadt Luxemburg.

Sobald die Anmerkungen der Gemeinden, die bis zum 15. Januar eingereicht werden müssen, ausgewertet sind, soll das Dokument bis 2028 erstellt werden. Daher sind die Gemeinden gehalten, ihre Allgemeinen Bebauungspläne (PAG) bis 2030 entsprechend zu ändern, damit das Ganze bis 2035 umgesetzt werden kann.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) berichtet den Gemeinderäten über die 50-seitige Stellungnahme des SYVICOL, die bei der Ausarbeitung des PDAT nicht berücksichtigt wurde und wo die Stellungnahme auch nur mit kurzem zeitlichem Vorlauf erbeten wurde. Das Gemeindesyndikat bemängelt den Zeitplan, da das Dokument während der Vorbereitung der Gemeindehaushalte eintreffe. Auch die Rechtskraft des Dokuments ist umstritten und führt zu anhaltenden Widersprüchen zwischen dem lokalen Allgemeinen Bebauungsplan (PAG) und dem PDAT. Außerdem ist dieses Programm als Freibrief für die Regierung zu sehen, da es den Gemeinden Top-down-Entscheidungen auferlegt.

Darüber hinaus wird zu viel im Konditional dargelegt und es mangelt dem gesamten Dokument an Kohärenz.

In Anlehnung an Syvicol schlägt **Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV)** den Mitgliedern des Gemeinderats vor, folgende Punkte in ihrer Stellungnahme festzuhalten.

1. Die Gemeinde Strassen hat zusammen mit ihren Einwohnern einen Allgemeinen Bebauungsplan (PAG) ausgearbeitet, in dem die Wohn- und Arbeitsplatzdichte gemeinsam festgelegt wurde, und sie setzen sich dagegen zur Wehr, dass ihnen von übergeordneten Instanzen Entscheidungen auferlegt werden, die sie nicht wollen.
2. Wo bereits konkrete Pläne vorliegen, sollte die Überdachung der Autobahn ein für alle Mal festgeschrieben werden, weil sie keine Bodenversiegelung mit sich bringt, sondern neue Beschäftigungsgebiete schafft, die Lärm- und Luftverschmutzung verringert und die Lebensqualität verbessert.
3. Man schließt sich der Stellungnahme von Syvicol an.
4. Man werde auf keinen Fall ein PDAT ohne vorherige Diskussion mit verbindlichen Erklärungen zwischen Regierungsvertretern und dem Gemeinderat akzeptieren.
5. Aufgrund der kurzen Einreichungsfrist für die Stellungnahme behält man sich das Recht vor, auch nach dem 15. Januar 2023 noch weitere Anmerkungen hinzuzufügen.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) geht auf die Bedeutung des Bevölkerungszuwachses in den Ballungsgebieten ein. Es sollte geprüft werden, welches Potenzial in Strassen noch gegeben ist. Um die Lebensqualität zu verbessern, reiche die Überdachung der Autobahn nicht aus. Auch der Verkehr auf der Route d'Arlon muss berücksichtigt werden. Hier muss die Gemeinde weitreichendere Forderungen stellen.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) begrüßt das Dokument des SYVICOL. Allerdings sollte die kommunale Selbstverwaltung stärker hervorgehoben werden und man sollte sich auf das absolut Notwendige beschränken, um die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu gewährleisten. Dieser

Punkt zum Thema kommunale Selbstverwaltung wird der Stellungnahme hinzugefügt.

Der Gemeinderat stimmt dieser Stellungnahme einstimmig zu.

2. Genehmigung mehrerer notarieller Urkunden.

Die notariellen Urkunden beziehen sich auf die unentgeltliche Abtretung eines Grundstückes von 0,59 Ar in der Rue du Kiem an die Gemeinde Strassen.

Eine weitere notarielle Urkunde betrifft die unentgeltliche Abtretung eines 0,92 Ar großen Grundstückes an die Gemeinde Strassen. Nachdem es über einen Zeitraum von 30 Jahren von der Gemeinde Strassen genutzt wurde, geht es jetzt in deren Besitz über.

Des Weiteren erwirbt die Gemeinde Strassen vier Parzellen mit einer Fläche von insgesamt 139,3 Ar im „Merler Maerchen“ und in „Seyleschfeld“, dies zu einem Preis von 35.000 € pro Ar, was einer Gesamtsumme von 4.875.500 € entspricht.

Diese notariellen Urkunden werden einstimmig angenommen.

3. Genehmigung eines Mietvertrags.

Ein Sozialmietvertrag für eine Wohnung mit einem Schlafzimmer in der Rue Lou Koster wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Es folgt eine ausführliche Diskussion zwischen dem Mitglied des Gemeinderates **Martine Dieschburg-Nickel (DP)**, **Schöffen Betty Welter-Gaul (LSAP)** und **Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV)** über die Prioritäten und die Reihenfolge bei der Vergabe von Sozialmietwohnungen, welche vom Sozialamt festgelegt werden und nicht vom Schöffenkollegium oder Gemeinderat.

4. Diskussion und Abstimmung im Rahmen des Entwurfs des berichtigten Haushaltsplans 2022 und des Haushaltsvoranschlags 2023.

Nachdem Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) einige Änderungen im Rahmen des berichtigten Haushalts

bekannt gegeben hat, sieht Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) viele gute Ansätze und viele grüne Ideen, welche im berichtigten Haushalt eingearbeitet und umgesetzt wurden.

Strassen ist jedoch auch eine Gemeinde mit Risiken im Bereich Klima und muss daher größere Anstrengungen unternehmen. Sie äußert sich enttäuscht darüber, dass die Gemeinde ihre Bürger nicht stärker sensibilisiert in Bezug auf die Energie- und Klimakrise.

Anschließend verweist sie auf die von ihrer Fraktion vorgestellten Energiesparmaßnahmen und bedauert, dass noch keine dieser Maßnahmen für „Les Thermes“ übernommen wurden.

Auch im Bereich Photovoltaik wurde nichts unternommen und nur ein kleiner Betrag wurde zur Verbesserung der Energieeffizienz der Gemeindegebäude eingesetzt. Sie hofft, dass dies im nächsten Haushalt stärker berücksichtigt werden wird. Sie erinnert auch daran, dass der Umwelttag nachgeholt werden muss und weist darauf hin, dass die kommunalen Abgaben, von denen einige seit 15 Jahren nicht mehr angepasst wurden, regelmäßig angepasst werden sollten. Hierbei führt sie insbesondere die Parkgebühren an, welche angepasst werden müssen, und vor allem für Nicht-Anwohner teurer sein sollten.

Sie geht auf das Abfallgesetz ein, würdigt die Tatsache, dass das kulturelle Angebot trotz der Covid-19-Pandemie nicht eingebrochen ist und hebt die vielen geplanten Investitionen für den Fußball hervor. Sie begrüßt den Bau des Jugendhauses und die Aufstockung des Haushalts für Jugendarbeit, um die Einstellung einer weiteren Person zu ermöglichen.

In Bezug auf die außerordentlichen Ausgaben bedauert sie, dass mit Ausnahme der Arbeiten in der Rue des Romains keinerlei Mittel für sanfte Mobilität vorgesehen sind. Sie bemängelt die deutliche Preiserhöhung für die geplanten Toiletten in der Kirche und weist ausdrücklich auf den Sachverstand einiger Mitglieder der beratenden Ausschüsse hin, der vielleicht intensiver im Sinne des Umweltschutzes genutzt werden könne.

Die Interessen des **Gemeinderatsmitglieds Anne-Marie Linden (déi Gréng)** gelten vor allem dem Bereich

Soziales und der Zunahme psychosozialer Probleme bei Kindern; es handele sich um eine Problematik, die größerer Unterstützung bedürfe.

Die Gemeinde hatte den Bereich psychische Gesundheit in ihrem Haushalt berücksichtigt, aber nur 40.000 € dafür vorgesehen, die jedoch nicht verwendet wurden. Deshalb fragt sie sich, wie es um die psychologische Betreuung von Kindern steht.

Sie weist auch auf die Gefahren des Straßenverkehrs hin, vor allem morgens auf dem Weg zur Schule. Aus diesem Grund sollte auch stärker in den Schultransport investiert werden. Auch in der Früherziehung sollte es die Möglichkeit geben, dass die Kinder mit dem Bus zur Schule kommen.

Sie begrüßt die Initiative zur Kreislaufwirtschaft und hofft, dass diese Idee umgesetzt wird, bedauert jedoch, dass es an Bewusstsein für Energiesparmaßnahmen mangelt. Was Supersenior angeht, wäre es interessant zu wissen, wer alles daran teilnimmt. Auch Baby-Plus und die „Rééducation précoce“ sieht sie als Unterstützung für junge Familien.

Da viele wesentliche Punkte nicht im Haushalt 2023 berücksichtigt worden sind, wird die Fraktion dem Haushalt 2023 nicht zustimmen.

In seiner Antwort geht Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) auf die aufgeworfenen Fragen ein, drückt sein Verständnis diesbezüglich aus und weist darauf hin, dass einige dieser Aspekte noch bis zum 11. Juni umgesetzt werden müssen.

Was die Energiesparmaßnahmen in „Les Thermes“ angeht, so betont er, dass es sich um ein Syndikat handelt und dort auch Einsparungen erzielt werden. In Bezug auf die Parkgebühren unterstreicht er, dass es sich dabei nicht um Einnahmen für die Gemeinde handelt. Es gehe vielmehr darum, Langzeitparken zu vermeiden. Außerdem seien in dem Preis für die Toiletten in der Kirche mehrere Toiletten enthalten. Die psychische Gesundheit von Kindern ist ebenfalls wichtig, doch die Gemeinde hat keinen Zugriff auf die Schule und ist nicht einmal befugt, zusätzliches Lehrpersonal einzustellen. Das Gleiche gilt für den Kampf gegen Verschwendung. Dies sollte dann parallel

zum Schulbetrieb laufen, sodass eventuell externe Personen diese Aufgabe übernehmen können. Er weist auch auf die verschiedenen staatlichen Projekte in diesem Bereich hin.

Neben einer Statistik über Supersenior erörtert er auch andere Statistiken, die genutzt werden könnten, um bestimmte Projekte voranzutreiben.

Geplant ist eine Sensibilisierungskampagne zum Thema Energiesparen und Abfallvermeidung und mit Hinweisen auf nationale und lokale Fördermittel.

Was den Schultransport angeht, so weist er darauf hin, dass trotz steigender Kinderzahlen drei Schulbusse immer noch ausreichen, was darauf schließen lässt, dass viele Kinder mit dem Auto zur Schule gebracht werden, obwohl auch die Zahl der Kinder, die mit dem Fahrrad zur Schule fahren, steigt.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) teilt die Ansicht von „déi Gréng“, dass im Haushalt zu wenig Mittel für die Umwelt vorgesehen sind. Vor allem aber vermisst er eine Vision für die Zukunft und er spricht hier von einer „Navigation auf Sicht“ ohne Weitsicht.

Er ist auch dagegen, Geld in einen Reservefonds zu überweisen, solange noch Kredite laufen, da es besser wäre, diesen Mittel zur Rückzahlung der Schulden zu verwenden, die mit hohen Zinsen einhergehen.

Der Katalog der Gemeindesteuern sollte jedes Jahr überarbeitet werden, da es immer schwieriger wird, die Preise so anzupassen, dass sie die ständig steigenden Kosten decken. Als Beispiel nannte er Essen auf Rädern und die Abfallentsorgung, wo das Prinzip der Kostendeckung gesetzlich vorgegeben ist. Dennoch wäre es wichtig, eine Liste zu erstellen, um die Bürger über die tatsächliche Höhe der Abgaben zu informieren.

Abschließend sieht er vor allem die Notwendigkeit eines wirksamen Plans zur Ausgabenkontrolle, sowie der Verbesserung der Lebensqualität. Die Gemeinde könne nicht alles tun, aber man müsse bei den Ministerien dafür kämpfen und sich die Mittel an die Hand geben, um den Druck auf die Regierung zu verstärken. Außerdem seien seine Äußerungen nicht gegen die

Mehrheitsparteien gerichtet, sondern im Interesse der Bürger von Strassen gemacht worden.

Nach Ansicht des **Mitglieds des Gemeinderates Martine Dieschburg-Nickels (DP)** handelt es sich bei dem Haushalt um ein umfangreiches Dokument mit zahlreichen guten Elementen, wobei sie jedoch einiges anders gehandhabt hätte. Sie hätte auch einfach ihre Reden aus den Vorjahren zum gleichen Thema hervorholen können. Der Haushalt bleibt ein Zahlenspiel, in dem Dinge angekündigt werden, die dann aber nur teilweise, gar nicht oder anders als ursprünglich geplant, umgesetzt werden, während neue Projekte hinzukommen. Es fehlt an Präzision sowie an einer genauen Finanzaufstellung, weshalb sie dem Haushalt nicht zustimmen kann.

Heutzutage darf ein Haushaltsplan kein Überraschungsei sein. Wenn er genehmigt werden soll, muss er transparent sein und die notwendigen Informationen enthalten. Dies gilt umso mehr, als in sechs Monaten vielleicht ein neuer Gemeinderat mit diesem Haushalt weiterarbeiten muss. In anderen Gemeinden wird dieses Dokument auf transparentere Art und Weise und gemeinsam mit dem gesamten Gemeinderat erarbeitet. Sie fragt sich, warum diese Herangehensweise in der Gemeinde Strassen als so problematisch angesehen wird.

Sie verweist auf schwierige Zeiten: nach der Gesundheitskrise eine Preis- und Energiekrise, der Krieg in der Ukraine und die Krise auf dem Wohnungsmarkt.

Insbesondere bemängelt sie die geringe Berücksichtigung der Umwelt- und Energiekrise im Haushalt. Im Vergleich zu den Ausgaben für Unterhaltung kommen die Bereiche Umwelt und Energie zu kurz. Die Gemeinde solle hier proaktiver werden.

Stattdessen wird nur das getan, was getan werden muss, es werden Vereinbarungen unterzeichnet, die aber in keiner Weise proaktiv sind. Es gibt keine Bestandsaufnahme des Energieverbrauchs von Gebäuden und man fragt sich, wo die Mittel dafür sind, dies umzusetzen. Wie sieht es mit privaten Photovoltaikanlagen aus? Erst im November und auf Initiative von „déi Gréng“ fand eine Diskussion über Energiesparmaßnahmen statt. Schließlich weist sie auf die unerträgliche

und gesundheitsgefährdende Situation für die Bürger hin, die täglich Lärm, Schmutz und dem Autoverkehr ausgesetzt sind.

Die DP appelliert an das Schöffenkollégium, nicht tatenlos zuzusehen, sondern das Problem mit einem eigens dafür eingesetzten Ausschuss proaktiv anzugehen.

Sie kritisiert auch, dass es keine Zahlen zur Abfallentsorgung gibt. Man hatte den Bürgern auch eine Auflistung der damit verbundenen Kosten versprochen, diesbezüglich sei jedoch noch nichts geschehen.

Die Gemeinde will ihren Bürgern nicht das Geld aus der Tasche ziehen, sondern muss zeigen, dass man gleichzeitig etwas für die Umwelt und für die Finanzen tun kann.

Sie wünscht sich eine demokratische Partizipation und Bürgerbeteiligung. Das Interesse an Politik nimmt ab und es gibt ein gewisses Misstrauen gegenüber der Politik. Sie fordert die Politiker auf, transparenter zu arbeiten. Der Bürger solle nicht den Eindruck bekommen, dass Entscheidungen über die Köpfe des Volkes hinweg getroffen werden. Daher müssten Informationen auf schnelle und eindeutige Weise bereitgestellt werden.

Der letzte „Buet“ über die Sitzungen des Gemeinderats wurde im März veröffentlicht. Daher fordert ihre Fraktion, dass die Sitzungen des Gemeinderats zeitversetzt und in mehreren Sprachen übertragen werden. Dies sei das Mittel der Wahl, um die Einwohnerschaft, die zu 61 % aus Ausländern besteht, einzubeziehen. Wer nicht auf dem laufenden darüber ist, was passiert, kann auch kein Interesse zeigen. Nur wenn alle angemessen informiert werden, wird bei den Einwohnern auch das Interesse für das Gemeindeleben geweckt.

„Ich habe nicht den Eindruck, dass unsere Ideen im Haushalt ihren Niederschlag finden, deshalb können wir nicht dafür stimmen.“

„Wir betreiben eine positive und konstruktive Politik, versuchen Projekte zu verbessern oder geben Ideen mit auf den Weg, obwohl es nicht möglich ist, das Schöffenkollégiums zur Zusammenarbeit zu bewegen,

eine Zusammenarbeit, die wir dem Schöffenkollégium anbieten. Deshalb werden wir nicht für den Haushalt als Ganzes stimmen, sondern nur die Projekte unterstützen, die wir auch im Sinne der Bürger als gut erachten.“

Für **Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP)** war es angesichts der Tatsache, dass bereits so viel gesagt wurde, nicht notwendig, schriftliche Fragen zu unterbreiten, obwohl die eine oder andere Frage vielleicht doch noch aufgeworfen werde. Er bezieht sich auf seine Rede vom Vorjahr und, angesichts der Tatsache, dass es viele neue Mitglieder im Gemeinderat gibt, geht erneut auf das Thema gute politische Führung ein, welche mit der Verpflichtung einhergeht, Rechenschaft abzulegen, Strategien auszuarbeiten und alle Bürger einzubinden, auch die Opposition. Seiner Ansicht nach ist dies die demokratische Grundlage, um miteinander zu sprechen, wobei eine gezielte Kontrolle angebracht sei, um zu verhindern, dass die Schöffen und Gemeinderatsmitglieder in eine missliche Lage geraten.

Dennoch freut er sich, wenn von ihm angeregte Vorhaben eines Tages umgesetzt werden, wie dies z. B. bei den elektronischen Anzeigetafeln nach 15 Jahren der Fall ist. Diese könnten auch für andere Zwecke als zur Ankündigung von Veranstaltungen genutzt werden, wie z.B. zur Sensibilisierung der Bürger. Weitere Beispiele sind der Bau der Karatehalle oder der Beitritt zum Klimabündnis. Im Allgemeinen bedauert er jedoch, dass der grüne Faden im Haushalt etwas zu kurz komme, dies vor allem angesichts der aktuellen Sachlage.

Er befürwortet ausdrücklich das Entstehen des gemeinnützigen Vereins „Rondel“ und hofft, dass dieser in der Gemeinde Fuß fassen wird.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob dieser in einem schwierigen Kontext aufgestellte Haushalt ausgeglichen sei, doch das, was hier erarbeitet wurde, hat Auswirkungen auf die jungen Menschen, weswegen auch jungen Bürgern die Möglichkeit gegeben werden sollte, sich stärker einzubringen. In diesem Sinne erwartet er, dass in Kürze der mehrjährige kommunale Finanzplan eingeführt wird.

Eine Reihe konkreter Fragen zur sanften Mobilität und zu allem, was mit dem Thema Klima und Umwelt zu tun hat, müssten noch diskutiert werden.

Im Hinblick auf die „Governance“ sei eine stärkere Bürgerbeteiligung von entscheidender Bedeutung, auch wenn es enttäuschend sei, dass die Teilnehmerzahl bei Informationsveranstaltungen so gering ist.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) hat nur zwei Vorschläge für das Schöffenkollégium. Zum einen würde er es begrüßen, wenn eine Archivkommission ins Leben gerufen würde, da sonst wertvolle Erinnerungsstücke verloren gingen. Es gebe Menschen in der Gemeinde, die sich dafür interessierten und die auch viele Dokumente gesammelt hätten. Man müsse nur die richtigen Mitglieder für diese Kommission finden.

Er schlägt außerdem vor, eine weitere Kommission einzusetzen, die sich mit dem Kauf von Grundstücken befassen soll. Sie solle mit Personen besetzt werden, die gute Kenntnisse auf diesem Gebiet haben und wissen, wann ein Grundstück zum Verkauf angeboten wird, damit die Gemeinde nicht von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen muss, was bedeutet, dass der Kauf des Grundstücks nicht mehr zweckgebunden ist.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) geht bei seinen Erwidern auf die Anmerkungen der DP auf den Vorschlag ein, vor der Schaffung eines Reservefonds die Darlehen zurückzuzahlen, und ist der Meinung, dass man dies in Erwägung ziehen sollte.

Es wäre auch legitim, den Abgabekatalog anzupassen, obwohl nicht alle Abgaben zwingend kostendeckend sein müssen. In Bezug auf die tatsächliche Beteiligung an der Erstellung des Gemeindehaushalts merkt der Bürgermeister an, dass sich die gemachten Aussagen zu gegebener Zeit auch im Haushalt widerspiegeln werden. Wenn man diesen Aspekt jedoch verstärken wolle, müsse man früher ansetzen.

Nicolas Pundel geht auch auf die Energie- und Umweltprojekte ein, die Ministerbesuche, die nicht die erhofften Ergebnisse brachten, die Abfallentsorgung sowie die Bürgerbeteiligung, die in mehreren Sprachen ablaufen sollte.

Bezüglich der Zusammenarbeit mit der Opposition merkt er an, dass die Anregungen des Gemeinderats auf der Ebene des Schöffenkollégiums reflektiert

würden und dass beide Seiten sich zu der angestrebten Zusammenarbeit bereit erklärt hätten.

Auch die Idee einer Archivkommission solle unter Einbeziehung der Bürger nach dem Vorbild des Klimateams umgesetzt werden, wobei er hinzufügt, dass das Klimateam sehr gut funktioniere.

Gemeinderatsmitglied Anne Arend (CSV) gratuliert dem Schöffenkollégium zur Ausarbeitung dieses ausgeglichenen Haushalts, der mit einem Überschuss von 3 Millionen Euro mit zusätzlichen 4 Millionen Euro im Reservefonds abschließt. Sie erwähnt auch die finanzielle Unterstützung der Vereine und zählt die einzelnen Veranstaltungen auf, die eine Voraussetzung für die Einbindung der 60% Nicht-Luxemburger sind und ein Beweis dafür, dass Strassen keine Schlafgemeinde ist, sondern auch selbst sämtliche Annehmlichkeiten der Hauptstadt im Umfeld anzubieten hat.

Sie begrüßt auch die Tatsache, dass viel in die Integration investiert wird, wobei insbesondere die Kommissionen für Integration und Chancengleichheit sehr aktiv sind. Angesichts der multinationalen Zusammensetzung der Einwohner der Gemeinde sei eine Kommunikation in mehreren Sprachen notwendig. Sie verweist auch auf die Bemühungen der Gemeinde für soziale Gerechtigkeit, insbesondere durch das Schaffen von Sozialwohnungen und Initiativen wie dem gemeinnützigen Verein „Rondel“ usw.

Des Weiteren erwähnt sie die Projekte rund um den Dorfkern, mit der neuen Schule, dem Fußballplatz und dem Jugendzentrum.

Gemeinderatsmitglied Anne Arend (CSV) geht auf die aktuelle Situation auf den Finanzmärkten ein und insbesondere auf die Zinssätze. Sie erkundigt sich, wie es um die Differenz von Kredit- und Einlagezinsen der Gemeinde steht. Ihrer Ansicht nach könnte es sinnvoll sein, einen Teil der Schulden zurückzuzahlen, anstatt 4 Millionen Euro in den Reservefonds einzuzahlen. Sie stellt sich auch Fragen zu den negativen Zinssätzen, die im Haushalt 2023 festgehalten wurden. Schließlich erkundigt sie sich nach den Mitteln, die für die Skifreizeit der Schulkinder veranschlagt waren. Diese fand 2022 nicht statt und daher hätten die Mittel aus dem berechtigten Haushalt entnommen werden sollen.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) möchte in Zukunft den Finanzausschuss stärker einbeziehen, wenn es um den Haushalt geht. Er bekräftigt noch einmal, wie wichtig Veranstaltungen sind, um nicht-luxemburgische Bürger einzubinden, insbesondere der Weihnachtsmarkt. Doch auch Spielplätze sind oft ein Ort für informelle Begegnungen von Familien vieler verschiedener Nationalitäten.

Er unterstützt die Gemeinderätin in ihrem Wunsch nach mehrsprachiger Kommunikation und einer sozial orientierten Ausrichtung der Gemeinde und des derzeitigen Schöffenkollégiums. Dabei stellt er fest, dass man bei einigen Punkten landesweit eine Vorreiterrolle einnehme. Er geht auch auf die Koordinierung der Arbeiten ein, auch für "Strassen 2030".

Was die Winterschulfreizeit für Schulkinder betrifft, bedauert er, dass sie 2022 aus sanitären Erwägungen nicht stattfinden konnte, und bestätigt, dass der entsprechende Haushaltsposten korrigiert wird. Er spricht sich weiterhin für eine Klassenreise im Zyklus 4.1 aus, ist aber der Meinung, dass es nicht notwendig ist, Ski fahren zu gehen, da dies die Kinder in bestimmte Kategorien einteilen würde.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) spricht im Zusammenhang mit der Erwähnung von „Strassen 2030“ die vorliegenden Pläne für die neue Schule an und bemängelt, dass dem Gemeinderat bis dato noch kein Gesamtplan von „Strassen 2030“ vorgelegt wurde, da Projekte wie die Schule hierauf einen weitreichenden Einfluss hätten. Daher fordert sie, dass der Gesamtplan dem Gemeinderat nach ausführlicher Diskussion zur Abstimmung vorgelegt wird, da dieser dem Gemeinderat bisher noch nicht vorgestellt worden sei. Sie verweist auch auf die verbleibenden Unklarheiten bezüglich des Fußballplatzes sowie den tatsächlichen Bedarf an Schulraum, um ihre Forderung nach Vorlage eines Gesamtplans zu untermauern.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) widerspricht dem DP-Gemeinderatsmitglied und macht geltend, dass der Plan „Strassen 2030“ bei allen Diskussionen über Bauprojekte als Arbeitspapier vorgelegt worden sei, sogar erst kürzlich, als im Gemeinderat über den Dorfkern diskutiert wurde. Dieser Plan sei kein Geheimnis, son-

dern ein Arbeitspapier, das in der Folge eines Architekturwettbewerb entstanden ist. Es handele sich immer um denselben Plan, der seinerzeit ausgearbeitet wurde und der ständig an die Anforderungen angepasst wird.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) sieht gerade in diesen Anpassungen die Gefahr, dass dadurch Bedingungen geschaffen werden, die einer späteren Umsetzung der vorgesehenen Pläne hinderlich sein könnten.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) entgegnet, dass man immer noch mit demselben Plan arbeite, der vorgesehene Standort für die Schule und auch den Fußballplatz habe sich nicht geändert. Es wurde zwar ein Bereich für Jugendliche festgelegt, dies habe jedoch keinerlei Einfluss auf die Gesamtplanung, da an dieser Stelle auch ein Jugendhaus geplant sei. Man halte sich an den Plan, der jedoch selektiv angepasst werde.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) weist darauf hin, dass es bereits Probleme mit dem Zugang des Schülertransports zur Schule gebe aufgrund der Einrichtung eines Fitnesscenters und wiederholt, dass sie den Gesamtplan nie erhalten habe. Nach einer langen und kontroversen Debatte wird die Haushaltsdiskussion fortgesetzt.

Gemeinderatsmitglied Isabel Domingues (LSAP) geht im Rahmen ihrer Ausführungen unter anderem auf die Preise und die Qualität des Essens auf Rädern ein, mit dem die Nutzer ihrer Ansicht nach zufrieden sind. Sie schlägt außerdem vor, das neue Jugendhaus zu einem Treffpunkt für alle Generationen, Jung und weniger Jung, zu machen.

Weiterhin berichtet sie vom Erfolg des Freizeitsportangebotes mit den zahlreichen Kursen, die die Gemeinde ihren Einwohnern anbietet, sowie von der Unterstützung der Gemeinde für die Kulturkommission, die dadurch in der Lage ist, eine ganze Reihe von kulturellen Veranstaltungen anbieten zu können.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) sieht Strassen als eine kosmopolitische Gemeinschaft nahe der Hauptstadt, die dank ihrer Tatkraft und ihrer ehrgeizigen Politik stark wächst, auch wenn es nicht immer einfach ist, diese Entwicklung zu begleiten.

Im Hinblick auf den Haushalt hebt er die neuen Gebührenordnungen hervor, die einen Anreiz für die Mülltrennung schaffen und somit das nachhaltige Verhalten der Bürger fördern. Er geht auf die Trinkwasserversorgung ein und erwähnt die Bemühungen, eine gute Lebensqualität zu erhalten und in neue Infrastruktur zu investieren, u.a. in den Bereichen Freizeit, Sport und Bildung.

Er sieht den Anstieg der Einwohnerzahl der letzten zehn Jahre von 7.000 auf 10.300 als Bestätigung dafür, dass die Gemeinde ein attraktiver Ort zum Wohnen und Arbeiten ist, wo man sich wohlfühlt, wo Integration gelebt wird und dies zur Zufriedenheit der Bürger.

Als negativ sieht er die steigenden Immobilienpreise, die daraus resultierende sinkende Bonität einiger Bürger, sowie die Probleme mit Verkehr, Lärm und Luftverschmutzung, die oft zu Lasten der Natur gehen.

Es gibt ein lebendiges Vereinsleben, das zum Zusammenhalt und zum Wohlbefinden der Bevölkerung beiträgt. Einige dieser Vereine sind attraktive und lebendige Aushängeschilder und somit eine hervorragende Werbung für Strassen.

Die Gemeinde befindet sich in einer vorteilhaften Situation, die es ihr ermöglicht, neue Projekte umzusetzen und in die Zukunft zu investieren.

Die derzeitige LSAP-CSV-Mehrheit macht sich stark für eine nachhaltige Entwicklung und Umweltpolitik zugunsten künftiger Generationen, indem sie entsprechende Projekte in den Schulen fördert, sowie eine nachhaltige Mobilitäts- und Energiepolitik und die sanfte Mobilität.

Er weist darauf hin, dass das LSAP-Gemeinderatsmitglied Victoria El-Khoury bereits im Juli die Diskussion über Energiesparmaßnahmen in der Gemeinde Strassen in Gang gesetzt habe, mit besonderem Fokus auf dem interkommunalen Schwimmbad „Les Thermes“, der Straßenbeleuchtung und der Beleuchtung öffentlicher Gebäude.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) schlägt vor, dass sich die Kommunalpolitik verstärkt für die Förderung einer direkten Bürgerbeteiligung

einsetzen, solle, neue Technologien nicht als Hürde sehen und den sozialen Austausch fördern solle. Das digitale soziale Nachbarschaftsnetzwerk könne die Bürger dazu ermuntern, sich gegenseitig zu helfen, Nachbarschaftsfeste zu organisieren usw.

Er betont, wie wichtig die Förderung des Sports ist im Sinne von besserer Gesundheit, mehr Integration, Freundschaft, Kommunikation, Solidarität und sozialem Handeln.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP)

erwähnt, dass einige Abgaben schon seit mehreren Jahren nicht mehr angepasst wurden. Er regt an, dass das Schöffenkollégium, falls die Situation es zulässt, Entlastungen schafft, indem es auf verschiedene unrentable Gebühren ganz verzichtet. Unter Bezugnahme auf die 4 Millionen Euro, die in den Reservefonds fließen, ist er der Ansicht, dass die Gemeinde ihren Bürgern Erleichterungen bei den Abgaben anbieten könne. Somit würden auch zahlreiche Diskussionen im Gemeinderat überflüssig und der Verwaltungsaufwand der Gemeinde für das Einkassieren einiger Tausend Euro erheblich reduziert. Außerdem sei die Pro-Kopf-Verschuldung aufgrund der steigenden Einwohnerzahl und der gesunden Finanzlage der Gemeinde erheblich gesunken. In diesem Zusammenhang erwähnt er die geplanten Investitionen von rund 120 Millionen Euro für den Zeitraum 2018 bis 2030 für die Agenda „Stroossen 2030“, mit dem Aufbau eines Dorfkerns, dem Bau eines CIPA, der Erweiterung der schulischen Infrastruktur usw.

Er lobt die Gemeinde Strassen als Vorreiter im Bereich des sozialen Wohnungsbaus und hebt das breite Spektrum an kulturellen Freizeitaktivitäten als Schlüsselement für den Zusammenhalt der Gemeindebewohner hervor: die Biennale, das „Stroossefestival“, die „Fête de la Musique“ sowie das kulturelle Angebot im „Centre Barblé“ und in der „Galerie A Spiren“.

In diesem Sinne unterstützt er auch den Vorschlag von Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP), eine Archivkommission zur Wahrung des historischen Erbes einzusetzen, und fügt hinzu, dass dieses Gremium auch bei der Aufbewahrung und dem Erhalt des Kulturerbes der Gemeinde einen Beitrag leisten könnte.

Daher wird er für den Haushalt stimmen, um das Wohlbefinden, das Gefühl von Sicherheit und die Lebensqualität der multikulturellen Bevölkerung zu wahren und zu verbessern, die Herausforderungen im Bereich der Gemeindeentwicklung zu bewältigen und den sozialen Zusammenhalt und die Integration aller Einwohner zu stärken.

In seiner Antwort auf die Aussagen der LSAP-Gemeinderatsmitglieder kommt **Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV)** auf das Essen auf Rädern zurück, wo festgehalten wurde, dass die Gebühren hierfür nicht unbedingt kostendeckend sein müssen und die Gemeinde einen Beitrag leisten dürfe.

Ein Vorschlag, der sicherlich aufgegriffen werde, ist der eines generationsübergreifenden Jugendzentrums.

Was den Freizeitsport angeht, so wurde erörtert, ob die Preise erhöht werden sollen oder nicht, und in Bezug auf die Kultur merkt der Bürgermeister an, dass dies einfach zum Reichtum einer Gemeinde dazugehört. Daher sei es selbstverständlich, dies gemeinschaftlich zu unterstützen.

In Bezug auf die Anmerkung zur Trinkwasserversorgung verweist der Bürgermeister darauf, dass die Gemeinden verpflichtet sind, ihre Trinkwasserquellen zu schützen.

Die Einwohnerzahl hingegen steigt schneller, als es der Gemeindeführung manchmal lieb ist, da einige Wohnsiedlungen schneller gebaut wurden als die später benötigten Schulgebäude.

Was die Zufriedenheit der Einwohner betrifft, so stimmt er dem Redner zu. Nur wenige Bürger sind umgezogen, weil sie in Strassen unzufrieden waren, sondern eher aufgrund der Tatsache, dass sie sich keine Wohnung in der Gemeinde mehr leisten konnten.

Es wurde auch viel über die Vereine gesprochen, die ein wesentlicher Bestandteil der Gemeinde sind, da sie eine großartige Arbeit im Bereich der Integration leisten. Der Bürgermeister betont jedoch auch, dass einige Vereine einfach an ihre Grenzen stoßen und keine neuen Mitglieder mehr aufnehmen können.

Zum Thema Energiesparen merkt er an, dass einige Geschäfte ihre Beleuchtung bereits zurückgefahren haben, und dass noch im Laufe dieser Woche ein entsprechendes Schreiben an die Geschäftsleute geschickt werde, um ihnen zu danken und sie noch einmal zu sensibilisieren. Dem Schreiben wird eine Anmerkung beigefügt, mit der sie eine im Internet veröffentlichte Liste von Geschäften und Büros unterzeichnen können, die ihren Beitrag zum Energiesparen leisten.

Was den Sport angeht, so versucht die Gemeinde, den Sport für alle Altersgruppen zu fördern, und der Bürgermeister geht ein weiteres Mal auf den Vorschlag der Anpassung oder Abschaffung verschiedener Abgaben ein.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) erläutert seinen Vorschlag zur Abschaffung einiger Abgaben, da diese einerseits der Gemeinde keine nennenswerten Einnahmen bringen und andererseits immer mit Kosten verbunden sind, die höher sind als die Einnahmen.

Darüber hinaus unterstreicht der Bürgermeister noch einmal die gute Finanzlage der Gemeinde und stimmt der Einrichtung einer Archivkommission zu.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zum Gemeindehaushalt gibt, lässt Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) über den berichtigten Haushalt 2022 abstimmen, der mit den vorgestellten Ergänzungen mit einem Plus von 23.142.591,09 € abschließt.

Der berichtigte Haushalt 2022 wird mit den Gegenstimmen der Gemeinderatsmitglieder Martine Dieschburg-Nickels, Marc Fischer, Laurent Glesener und Léandre Kandel (alle DP) verabschiedet.

Der Haushaltsplan 2023, der mit einem Überschuss von 3.158.779,36 € abschließt, wird mit den Gegenstimmen der Gemeinderatsmitglieder Martine Dieschburg-Nickels, Marc Fischer, Laurent Glesener und Léandre Kandel (alle DP) sowie von Maryse Bestgen-Martin und Anne-Marie Linden (beide „déli Gréng“) verabschiedet.

5. Verschiedenes.

Unter „Verschiedenes“ geht **Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV)** auf den Lokalen Aktionsplan (PAL – „Plan

d'Action Local“) und den Beginn des Pacte Logement ein. Dies erfordert die Ernennung eines internen oder externen Beraters für Wohnungswesen. Da bisher ein Vertreter des Planungsbüros „Schroeder - Associés“ involviert war, schlägt der Bürgermeister vor, diesen weiterhin als externen Berater zu engagieren. Der Staat bezuschusst hier 360 Stunden und die Gemeinde erhält eine Beihilfe von 371.500 €. Die Vereinbarung hat eine Laufzeit von zehn Jahren.

Das **Mitglied des Gemeinderates Martine Dieschburg-Nickels (DP)** sieht darin eine motivierende Idee, äußert jedoch Bedenken hinsichtlich des erforderlichen Verwaltungsaufwands.

Die Vereinbarung und die Ernennung des externen Beraters werden in getrennten Abstimmungen einstimmig angenommen.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) spricht die Broschüre an, die über das neue Abfallgesetz herausgegeben wurde, wobei es eine Reihe von Änderungen gibt, die der Bevölkerung noch nicht mitgeteilt wurden.

Gemeinderatsmitglied Anne Arend (CSV) schlägt diesbezüglich vor, eine neue Broschüre zur veröffentlichen, die sich an alle Einwohner richtet.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) erkundigt sich nach der Eintragung von Nicht-Luxemburgern auf den Wählerlisten, woraufhin **Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV)** bekannt gibt, dass diese nun bei über 14 % liegt und Strassen damit landesweit auf dem dritten Platz liegt.

Gemeinderatsmitglied Anne Arend (CSV) berichtet über die gute Stimmung auf dem Weihnachtsmarkt.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) wünscht, dass die Berichte aller beratenden Gemeindekommissionen an die Mitglieder des Gemeinderats weitergeleitet werden, während **Gemeinderatsmitglied Anne Arend (CSV)** Kritik an der Zusammensetzung der Finanzkommission äußert. Sie erklärt, dass nunmehr vier der sieben Mitglieder ebenfalls Mitglieder des Gemeinderats sind, was die Diskussion über den Haushalt redundant mache.

6. Personalangelegenheiten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).

a) Beschlüsse über die endgültige Ernennung eines Gemeindebeamten.

In der nichtöffentlichen Sitzung befasst sich der Gemeinderat mit der endgültigen Ernennung eines Gemeindebeamten.

Séance du conseil communal du 07 décembre 2022

ORDRE DU JOUR

1. **Approbation du tableau de préséance du conseil communal.**
2. **Présentation du projet de budget rectifié 2022 et du budget prévisionnel 2023.**
3. **Approbation d'un acte notarié.**
4. **Décisions portant sur l'exercice d'un droit de préemption.**
5. **Approbation du projet de budget de l'Office social pour l'année 2023.**
6. **Nominations aux postes vacants au sein de l'Office Social.**
7. **Confirmation de plusieurs règlements temporaires de circulation.**
8. **Modification du règlement général de circulation.**
9. **Modification de la décision portant l'allocation d'une indemnité de perte de caisse.**
10. **Désignation d'un secrétaire de la commission des loyers.**

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1^{er} échevin ; Jean Claude Roob (LSAP), 2^e échevin. Anne Arend (CSV) ; Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Isabel Domingues (LSAP) ; Jean-Marie Dürrer (CSV) ; Marc Fischer (DP) ; Laurent Glesener (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Anne-Marie Linden (déi Gréng), conseillers. Secrétaire : Christian Muller.

ABSENTS (EXCUSÉS)

Léandre Kandel (DP), conseiller.

Avant la séance du conseil communal, le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV), en présence des échevins Betty Welter-Gaul (LSAP) et Jean Claude Roob (LSAP), assermente la nouvelle conseillère Anne-Marie Linden (déi Gréng) qui succède à la démissionnaire Claire Remmy (déi Gréng) au conseil communal.

1. Approbation du tableau de préséance du conseil communal.

Dans son discours inaugural, la nouvelle conseillère, habitant depuis 16 ans dans la commune de Strassen et membre des « déi Gréng » depuis 2009, aborde les principaux points de ses objectifs au conseil communal où, en tant que mère, le bien-être des enfants est particulièrement important pour qu'ils se sentent à l'aise et en sécurité dans la commune, qu'ils y trouvent une prise en charge de bonne qualité à l'école et à la Maison Relais, avec un chemin sûr pour aller à l'école, de nombreux terrains de jeux, des rues accessibles à tous et pas uniquement aux voitures et un village sans bruit où tout le monde se sent à l'aise. En ce sens, elle offre à tous une bonne coopération au sein du conseil communal.

Comme premier point à l'ordre du jour, le nouveau tableau de préséance des membres du conseil communal en fonction de la durée de leur appartenance au conseil communal est fixé à l'unanimité comme suit : Léandre Kandel (DP), Nicolas Pundel (CSV), Jean-Marie Dürrer (CSV), Betty Welter-Gaul (LSAP), Marc Fischer (DP), Laurent Glesener (DP), Martine Dieschburg-Nickels (DP), Jean Claude Roob (LSAP), Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Paul Klensch (LSAP), Anne Arend (CSV), Isabel Fernandes Domingues (LSAP), Anne-Marie Linden (déi Gréng).

2. Présentation du projet de budget rectifié 2022 et du budget prévisionnel 2023.

Après avoir remercié toutes les personnes impliquées dans la préparation du budget rectifié 2022 et du budget prévisionnel 2023, le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) présente le document de 170 pages, qui clôture avec un boni définitif estimé de 3.211.816,65 € pour 2023.

Le bourgmestre compare les chiffres du budget rectifié pour 2022 avec les chiffres prévus dans le budget 2023.

Dans le budget ordinaire, les recettes de l'impôt foncier, de l'impôt commercial et du Fonds de dotation globale des communes passeront de 39.242.485,07 € à 41.111.284,90 € (le premier chiffre correspond au budget rectifié de l'année 2022, le second au budget prévisionnel de 2023).

Globalement, les recettes inscrites au budget ordinaire passeront de 46.365.508,45 € à 47.799.781,15 €.

En ce qui concerne les dépenses ordinaires, le bourgmestre se réfère, entre autres, au remboursement de la dette de 951.000 € pour 2023 et aux 4 millions d'euros apportés au fonds de réserve.

Avec environ 10.500 habitants, dont 61 % sont des non-luxembourgeois et sur les 39 % restants, 25 % ont une double nationalité, on doit toujours prendre garde du souci de l'intégration, car les citoyens sont heureux d'être intégrés.

Nicolas Pundel (CSV) évoque également les dépenses de la Maison des Jeunes (de 161.000 € à 361.000 €), dues à la mise en œuvre d'un streetworker (aufsuchende Jugendarbeit) pour s'occuper des jeunes, du Club Senior 311.000 €, du Centre Riedgen (de 629.000 € à 644.000 €) et des Repas sur Roues (142.850 €).

Les dépenses pour les crèches et les garderies passeront de 711.437 € à 758.937 €, tandis qu'à la Maison Relais, elles passeront de 2.404.300 € à 2.310.200 €.

L'entretien des infrastructures sportives s'élève à 844.000 €, tandis que 307.000 € supplémentaires sont consacrés aux subventions et à l'encadrement sportif.

Le bourgmestre évoque également les dépenses de la commune pour les « Thermes » (de 1.796.200 € à 1.846.000 €), le chalet scout (51.000 €) et les dépenses totales pour les fêtes culturelles publiques et autres avec 1.073.800 €.

Dans le domaine de la protection de l'environnement, les coûts liés à l'élimination des déchets passent de 1.208.800 € à 1.298.800 €, l'épuration des eaux usées

de 824.840 à 919.840 € et 322.000 € sont affectés aux mesures d'économie d'énergie. Globalement, les dépenses dans ce domaine passent de 2.405.011,33 € à 2.912.469,36 €.

L'entretien des appartements passe de 345.559,06 € à 574.759,06 €, des lieux publics de 468.000 € à 543.000 €, avec les coûts de la circulation, des places publiques, des routes et des chemins à environ 2 millions d'euros.

Les dépenses consacrées à l'approvisionnement en eau potable passent de 1.243.772,63 € à 1.510.272,63 €.

La commune de Strassen dépense environ 1 million d'euros pour la sécurité dans la commune (agents communaux, pompiers, vêtements et formation de sécurité etc.).

En ce qui concerne les coûts d'entretien des bâtiments communaux, le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) se réfère aux travaux à réaliser au Lion d'Or, au Centre Barblé, à l'église, ainsi qu'aux exigences en constante évolution relatives à l'adaptation à la conformité ou aux nouvelles règles de sécurité.

Les coûts pour le fonctionnement de l'école fondamentale s'élèvent à 2.349.795,48 € dans le budget 2023 contre 2.282.395,57 € pour l'année précédente. En outre, il y a les frais pour l'école de musique (620.419,79 € contre 656.750 €) ainsi que les coûts pour d'autres cours divers.

Au total, les dépenses du budget ordinaire rectifié pour 2022 s'élèvent à 37.782.138,77 € et celles du budget 2023 à 45.493.177,01 €.

En 2022, un total de 90,31 postes à temps plein étaient employés par la commune, contre 113,69 postes à temps plein à la fin de 2023. Les dépenses de personnel passeront donc de 9,9 millions d'euros à 10,8 millions d'euros, soit 28,5 % des dépenses ordinaires de 41.493.177,01 € (45.493.177,01 € moins les 4 millions d'euros transférés au fonds de réserve).

Avec ces quatre millions d'euros, le fonds de réserve de la commune de Strassen s'élève à 25.410.632,81 € au 31 décembre 2023, alors que la dette totale à cette date s'élève à 4.989.354,60 €.

Dans le budget extraordinaire 2023, des recettes d'un total de 6.485.649 € sont prévues, contre 2.245.691 € dans le budget rectifié de 2022.

Des investissements extraordinaires sont prévus :

Achat d'immeubles	8.500.000 €
Construction d'un terrain de football	4.000.000 €
Achat de logements sociaux PAP	
rue Weyrich	1.730.053 €
Réaménagement Lotissement Piesch	1.500.000 €
Réaménagement du Lion d'Or	1.400.000 €
Participation à la STEP de Beggen	1 377 000 €
Création d'une piste de skate	1.250.000 €
Agrandissement de l'atelier communal	1.200.000 €
Construction du hall de karaté	750.000 €
Réaménagement de la Route d'Arlon,	
Rue Follereau & Rue des Romains	600.000 €
Achat de véhicules neufs	500.000 €
Travaux de canalisation	500.000 €
Réaménagement du centre de Strassen	464.306 €
Installation de toilettes publiques	450.000 €
Réaménagement Rue des Carrefours	400.000 €
Construction de mini-maisons	400.000 €
Travaux de la salle paroissiale	365.000 €
Rénovation et agrandissement	
Source Brameschbiereg	361.000 €
Expansion Centre Riedgen	350.000 €
Réaménagement Rue des Romains	250.000 €
Construction d'une morgue	250.000 €
Réaménagement de la pharmacie	250 000 €
Réaménagement CTALD	250.000 €
Installations photovoltaïques	200.000 €
Construction de logements sociaux	200.000 €
Réaménagement Rue de Reckenthal	200.000 €
Renouvellement des conduites d'eau	200.000 €
Démolition de bâtiments	200.000 €
Construction d'une école	200.000 €
Travaux à la maison Kohnen	150.000 €
Urbanisme	150.000 €
Travaux à la maison Feltgen	100.000 €

Tableau du budget révisé 2022

	Service ordinaire	Service extraordinaire
Total des recettes	46.365.508,45	2.245.691,00
Total des dépenses	37.782.138,77	24.450.350,61
Surplus 2022	8.583.369,68	
Déficit 2022		22.204.659,61

Bonus 2021	36.762.881,02	
Mali 2021		
Bonus total	45.346.250,70	
Total Mali		22.204.569,61
Transfert du budget ordinaire vers le budget extraordinaire	-22.204.569,61	+22.204.569,61
Attendu		
Bonus 2022	23 141 591,09	

Tableau du budget prévisionnel 2023

	Service ordinaire	Service extraordinaire
Total des recettes	47.799.781,15	6.485.649,00
Total des dépenses	45.493.177,01	28.722.027,58
Surplus 2023	2.306.604,14	
Mali 2023		22.236.378,58
Bonus 2022	23.141.591,09	
Mali 2022		
Bonus total	25.448.195,23	
Total Mali		22.236.378,58
Transfert du budget ordinaire vers le budget extraordinaire	-22.236.378,58	+22.236.378,58
Bonus prévu 2023	3.211.816,65	

3. Approbation d'un acte notarié.

Un acte notarié concernant la cession gratuite d'une parcelle de 0,12 are sur la chaussée Blanche à Strassen est adopté à l'unanimité.

4. Décisions portant sur l'exercice d'un droit de préemption.

Sur proposition du collège échevinal, le conseil communal renonce à l'unanimité à l'exercice de son droit de préemption en ce qui concerne deux terres arables « In der Seiwelscht » d'une superficie de 19,50 ares et 18,70 ares, qui sont proposées au prix de vente de 3,9 millions d'euros.

Toujours à l'unanimité, le conseil communal renonce à son droit de préemption concernant un terrain de 5,48 ares dans la rue Henri Dunant à Strassen avec un prix de vente de 1.770.000 €.

5. Approbation du projet de budget de l'Office social pour l'année 2023.

L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) présente le budget de l'Office social pour l'année 2023.

Le budget rectifié pour 2022 affiche des revenus de 514.377,79 € avec des dépenses de 514.206,94 €, ce qui donne un bénéfice net de 170,85 €, ce qui, avec le surplus de 11.005,63 € de l'année précédente, se traduit par un bonus total de 11.176,48 €. Le budget extraordinaire laisse un excédent à partir de 2021 de 89.231,08 €.

Le budget pour 2023 suppose des recettes de 639.170,00 € avec des dépenses de 649.977,04 €, ce qui entraîne un déficit de 10.807,04 €. Compensé par le surplus de l'année 2022, le budget ordinaire de 2023 clôture avec un bonus de 369,44 €. L'excédent du budget extraordinaire de l'année précédente reste inchangé à 89.231,08 €.

Après avoir remercié tous les employés de l'Office social, l'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) commente l'augmentation du nombre des 268 dossiers traités, qui était supérieur de 12,88 % à celui de l'année précédente. En outre, 23 % de bons de plus ont été émis, 17 % plus de bons pour les visites chez le médecin, un total de 91 nouveaux cas a été traité en 2022 et, bien que les visites au bureau aient diminué de 13 %, 2.458 démarches ont été effectuées.

Le conseiller Jean-Marie Dürrer (CSV) remercie Betty Welter-Gaul (LSAP) pour son travail qui est important non seulement pour les personnes handicapées, mais aussi pour les personnes qui ne peuvent pas faire face à leur vie.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) souligne également que chacun peut se retrouver en situation d'urgence à un moment donné, c'est pourquoi un Office social est important même si son travail n'est pas toujours facile.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) se joint aux remerciements adressés à tous les employés de l'Office social et demande pourquoi des fonds ne sont pas déjà prévus dans le budget pour les demandes d'aide attendues pour les frais de chauffage.

Ici, le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) fait référence à la subvention énergétique de l'État et à l'aide de la commune.

Le conseiller Marc Fischer (DP) pointe les ateliers contre le gaspillage pour les personnes touchées afin d'éviter la surconsommation et le surendettement. Selon l'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP), l'Office social transmet ces cas aux organisations correspondantes, tandis que le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) pointe du doigt le suivi social.

Le budget de l'Office social est adopté à l'unanimité.

6. Nominations aux postes vacants au sein de l'Office Social.

Rose Faber n'a pas renouvelé sa candidature des quatre membres de l'Office social sortants périodiquement. L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) remercie le membre sortant pour son engagement et son excellent travail au sein de l'Office social depuis 2007.

Cinq candidats ont postulé pour les quatre postes vacants. Au scrutin secret, Maryse Bestgen, Malou Cannels, Anne-Marie Linden et Daniel Thein sont élus nouveaux membres de l'Office social.

7. Confirmation de plusieurs règlements temporaires de circulation.

Divers règlements de circulation temporaires urgents sont approuvés a posteriori à l'unanimité.

8. Modification du règlement général de circulation.

Le règlement général de la circulation à Strassen est modifié de sorte que la rue des Romains à Strassen, entre la rue des Carrefours et la rue de la Chapelle, devient une rue cyclable avec priorité pour les cyclistes et où la vitesse maximale est limitée à 30 kilomètres à l'heure.

Le conseiller Jean-Marie Dürrer (CSV) salue cette mesure, que le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) déclare avoir voulu mettre en place avant les changements structurels prévus pour des raisons de sécurité, tandis que la conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) s'enquiert de la date de ces travaux.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) veut savoir pourquoi les cyclistes, provenant du croisement de la route

d'Arlon et de la rue de la Chapelle, ne sont pas autorisés de tourner directement à gauche dans la rue des Romains. Selon le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV), l'administration des Ponts et Chaussées ne l'a pas autorisé pour des raisons de sécurité.

9. Modification de la décision portant l'allocation d'une indemnité de perte de caisse.

Le conseil communal approuve à l'unanimité la liste mise à jour des employés communaux bénéficiant d'une indemnité pour perte de caisse.

10. Désignation d'un secrétaire de la commission des loyers.

Par vote secret, le conseil communal approuve la démission du secrétaire communal Christian Muller en tant que secrétaire de la commission des loyers et nomme également par vote secret Jordan Blanco comme nouveau secrétaire de cette commission.

11. Motion du Parti DP concernant le projet du nouveau bâtiment scolaire.

Cette motion avait été reportée lors de la séance précédente du conseil communal en raison de contraintes de temps.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) estime que le projet du nouveau bâtiment scolaire, pour lequel un concours d'architecture a déjà eu lieu, est de la responsabilité de la commission communale pour les grands projets de construction. Non seulement le personnel de l'école, mais aussi une partie de la population devraient être impliqués car le tout fait partie du projet « Strassen 2030 ».

On veut éviter que des plans définitifs ne soient présentés à un moment donné bien que cela soit lié à un projet qui est en discussion depuis dix ans. Il faut donc garder une distance afin de discuter du concept global. Il est également inquiétant que le projet soit prévu pour une période de cinq ans bien que l'on ne sache pas encore si et quand le nouveau terrain de football sera achevé. Ce n'est qu'alors que le projet pourra commencer, de sorte qu'il y a encore suffisamment de temps pour discuter du projet, notamment en raison de l'engagement financier et de

l'impact urbanistique sur la conception du village dans les 30 prochaines années.

Selon la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP), les citoyens se posent des questions sur le projet concernant l'école et le terrain de football. Elle s'interroge sur le calcul de l'évolution de la population scolaire dans les années à venir, sur l'évolution globale de la population au cours des 15 prochaines années, l'école devant également s'inscrire dans le plan d'ensemble du village. Elle évoque une visite en 2019 et le changement d'avis concernant une utilisation commune de la Maison Relais et de l'école. Elle s'étonne qu'il y ait déjà un projet élaboré par un architecte et aurait aimé avoir des discussions et des réunions au moins avec ceux qui étaient dans le groupe à l'époque, ainsi qu'avec le personnel enseignant et la population touchée, afin qu'un cahier des charges commun puisse être élaboré. Elle demande également si un concours a eu lieu, qui a choisi l'architecte et qui a décidé du coût de 25 millions d'euros. Personne ne l'a informée en tant que membre du conseil communal. C'est pourquoi elle souligne la transparence et la participation nécessaire de la population. De plus, le projet n'a pas encore été se mettre ensemble et discuter de tout, du terrain de football aux finances, afin que les gens se sentent inclus. Elle aurait aimé voir plus de transparence, surtout sachant qu'il y a des élections en juin et que le prochain conseil municipal devra continuer à travailler avec le budget élaboré par l'actuel conseil communal.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) ne comprend pas les objections du DP. Le cahier des charges a été élaboré avec l'équipe pédagogique et a donné lieu à un concours d'architecture, qui a été évalué par un jury.

D'autre part, il va sans dire que ce projet est défini et qu'un architecte en est chargé, de sorte que les 25 millions d'euros prévus ne deviennent pas soudainement beaucoup plus importants.

Cependant, il est clair qu'ensuite le groupe se réunira à nouveau lorsque l'architecte commencera à travailler, avec au moins deux représentants de l'école et deux de la Maison Relais, ainsi que les parents pour poursuivre le projet.

En ce qui concerne le nombre prévu d'enfants, le bourgmestre dit que la commune suit depuis un certain temps l'évolution du nombre d'enfants, sachant comment ce développement va de pair avec la croissance de la population selon une certaine clé. Le problème est plutôt de savoir à quelle vitesse vous pouvez construire.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) est conscient de la croissance démographique ainsi que de la nécessité de construire une nouvelle école. L'école est maintenant construite à l'emplacement prévu sur le terrain de football, mais sans tenir compte du développement du centre du village et de la mobilité. Il craint qu'une fois l'école construite, rien n'aura changé au centre du village. Par conséquent, il était préférable de discuter de ces plans avec plus de gens.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) souligne que les plans ont pris en compte le flux de trafic basé sur des

calculs et que rien n'a donc été laissé au hasard. L'école a également été discutée ici, tandis que le centre-ville devait être discuté à part puisqu'il s'agit de deux sujets différents.

La question la plus importante est la conception de la place devant la mairie, alors qu'un sujet différent prévaut pour l'école. Par conséquent, un groupe sera mis en place pour l'école, auquel participeront les membres du conseil communal. L'architecte est bien choisi, mais les travaux ne font que commencer.

Dans la conception du centre-ville, en revanche, il faut voir comment ce problème peut être résolu.

Lors de la prochaine séance, le mercredi 14 décembre, la discussion et le vote sur le budget communal auront lieu.

Séance du conseil communal du 14 décembre 2022

ORDRE DU JOUR

1. **Formulation d'un avis dans le cadre du projet PDAT.**
2. **Approbation de plusieurs actes notariés.**
3. **Approbation d'un contrat de bail.**
4. **Discussion et vote dans le cadre du projet de budget rectifié 2022 et du budget prévisionnel 2023.**
5. **Divers.**
6. **Affaires de personnel (huis clos)**
 - a) **Décisions portant sur la nomination définitive d'un fonctionnaire communal.**

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1^{er} échevin ; Jean Claude Roob (LSAP), 2^e échevin. Anne Arend (CSV) ; Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Isabel Domingues (LSAP) ; Marc Fischer (DP) (jusqu'au 4^e point de l'ordre du jour) ; Laurent Glesener (DP) ; Léandre Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Anne-Marie Linden (déi Gréng), conseillers. Secrétaire : Christian Muller.

ABSENTS (EXCUSÉS)

Jean-Marie Dürrer (CSV) (procuration Anne Arend) ; Marc Fischer (DP) (à partir du point 5 de l'ordre du jour), conseillers.

1. Formulation d'un avis dans le cadre du projet PDAT.

Le **bourgmestre Nicolas Pundel (CSV)** explique le Programme Directeur de l'Aménagement du Territoire (PDAT) présenté il y a environ deux mois par le ministre de l'Aménagement du territoire, Claude Turmes, par lequel le Gouvernement veut créer les conditions d'un aménagement durable du territoire. Ce serait un instrument principal et un lien entre les communes et le

ministère pour la répartition territoriale du territoire, l'utilisation rationnelle des terres, la création de centres désignés pour vivre et travailler, pour la préservation des ressources naturelles en vue d'une population et d'une économie croissantes. L'objectif est d'éviter que les distances entre le domicile et le travail ne deviennent toujours plus grandes, que les centres-villes ne se vident de plus en plus et que les établissements à la campagne ne se développent.

Ces considérations ont conduit au développement du PDAT qui vise à améliorer la qualité de vie et la santé, à réduire les nuisances sonores, la circulation et la pollution lumineuse, à améliorer la qualité de l'air et à lutter contre le changement climatique.

Le programme suppose une croissance démographique annuelle de 10.000 à 13.000 habitants jusqu'en 2060, avec jusqu'à 1.200.000 habitants au Luxembourg. Dans ce scénario, la commune de Strassen est située dans l'agglomération autour de Luxembourg-Ville.

Une fois que les commentaires communaux, qui doivent être soumis avant le 15 janvier, auront été évalués, le document devrait être préparé d'ici 2028. En conséquence, les communes doivent modifier leurs plans d'aménagement généraux (PAG) en conséquence d'ici 2030 afin que le tout puisse être mis en œuvre d'ici 2035.

Le **bourgmestre Nicolas Pundel (CSV)** rend compte aux conseillers communaux de l'avis de 50 pages du SYVICOL qui n'a pas été inclus dans la préparation du PDAT et n'a été demandé pour avis qu'à court terme. Le syndicat communal se plaint du calendrier car ce document arrive pendant la préparation des budgets communaux. La valeur juridique du document est également contestée et donne lieu à des désaccords persistants entre le PAG local et le PDAT. Ce programme donne également carte blanche au Gouvernement car il impose des décisions descendantes aux communes.

En outre, trop de choses sont exprimées au conditionnel et l'ensemble du document manque de cohérence.

Dans la lignée du Syvicol, le **bourgmestre Nicolas Pundel (CSV)** propose aux membres du conseil communal de retenir les points suivants dans leur avis.

1. La commune de Strassen a élaboré un PAG avec sa population, dans lequel la densité résidentielle et la densité d'emplois ont été déterminées conjointement, et ils s'opposent contre l'imposition, par des instances supérieures, de décisions qu'ils ne veulent pas.
2. Si des projets concrets ont déjà été présentés, la couverture de l'autoroute devrait être irrévocablement inscrite parce que cela ne scelle pas le sol, mais crée de nouvelles zones d'emploi, une réduction de la pollution sonore et atmosphérique et une amélioration de la qualité de vie.
3. On se rallie à l'avis du Syvicol.
4. On n'acceptera en aucun cas un PDAT sans discussion préalable avec des déclarations contraignantes entre les représentants du gouvernement et le Conseil communal.
5. En raison du délai très court jusqu'à la remise de l'avis, on se réserve le droit d'ajouter des commentaires supplémentaires, même après le 15 janvier 2023.

Le **conseiller Marc Fischer (DP)** souligne l'augmentation de la population dans les agglomérations. Il convient d'examiner le potentiel qui existe encore à Strassen. Pour améliorer la qualité de vie, la couverture de l'autoroute n'est pas suffisante. Il faut également tenir compte du trafic dans la route d'Arlon. Ici, la commune doit exiger plus.

La **conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP)** est favorable au document SYVICOL, mais il faudrait insister davantage sur l'autonomie communale et se limiter à ce qui est strictement nécessaire pour respecter le principe de subsidiarité. Ce point concernant l'autonomie municipale est ajouté à l'avis.

Le conseil communal partage cet avis à l'unanimité.

2. Approbation de plusieurs actes notariés.

Les actes notariés concernent la cession gratuite à la commune de Strassen d'un terrain de 0,59 are dans la rue du Kiem.

Un autre acte notarié concerne le transfert gratuit d'un terrain de 0,92 are à la commune de Strassen, qui devient la propriété de la commune après avoir été utilisé par celle-ci pendant 30 ans.

En outre, la commune de Strassen acquiert quatre parcelles d'un total de 139,3 ares dans le « Merler Maerchen » et à « Seyleschfeld » pour un prix par are de 35.000 € ou pour un total de 4.875.500 €.

Ces actes notariés sont adoptés à l'unanimité.

3. Approbation d'un contrat de bail.

Un bail social pour un appartement avec une chambre à coucher dans la rue Lou Koster est également approuvé à l'unanimité.

Suit une longue discussion entre la **conseillère Martine Dieschburg-Nickel (DP)**, l'**échevin Betty Welter-Gaul (LSAP)** et le **bourgmestre Nicolas Pundel (CSV)** concernant les priorités et l'ordre dans l'attribution des logements locatifs sociaux qui sont déterminés par l'Office Social et non par le collège échevinal ou le conseil communal.

4. Discussion et vote dans le cadre du projet de budget rectifié 2022 et du budget prévisionnel 2023.

Après que le **bourgmestre Nicolas Pundel (CSV)** ait communiqué divers changements au budget rectifié, la **conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng)** voit beaucoup de bonnes approches et beaucoup d'idées vertes dans le budget rectifié, qui ont été incorporées et mises en œuvre.

Cependant, Strassen est également une commune à risque climatique et, en tant que telle, doit faire davantage d'efforts. Elle est déçue du fait que la commune ne sensibilise pas davantage ses citoyens à la crise énergétique et climatique.

Ensuite, elle attire l'attention sur les mesures d'économie d'énergie présentées par son groupe et

regrette qu'aucune mesure n'ait encore été répertoriée pour les Thermes.

Rien n'a été fait non plus dans le domaine du photovoltaïque et, seul, un petit montant a été utilisé pour améliorer l'efficacité énergétique des bâtiments communaux. Elle espère que cela se reflétera plus fortement dans le prochain budget. Elle rappelle également que la Journée de l'Environnement doit être rattrapée et rappelle que les taxes municipales, dont certaines n'ont pas été ajustées depuis 15 ans, devraient être ajustées régulièrement. Ici, elle rappelle particulièrement les taxes de stationnement qui doivent être adaptées et qui devraient être plus chères, en particulier pour les non-résidents.

Elle discute de la loi sur les déchets, apprécie le fait que l'offre culturelle ne se soit pas effondrée malgré la pandémie de Covid-19 et souligne les nombreux investissements prévus pour le football. Elle salue la construction de la Maison des Jeunes et le fait que le budget pour les jeunes a été augmenté afin de pouvoir embaucher une personne supplémentaire.

En ce qui concerne les dépenses extraordinaires, elle regrette qu'aucun fonds n'ait été prévu pour la mobilité douce, à l'exception des travaux de la rue des Romains. Elle critique l'augmentation significative du prix des toilettes prévues à l'église et souligne l'expertise de divers membres des commissions consultatives qui pourraient peut-être être utilisées plus intensément pour la protection de l'environnement.

La **conseillère Anne-Marie Linden (déi Gréng)** s'intéresse principalement au secteur social et à l'augmentation des problèmes psychosociaux chez les enfants ; une problématique qui devrait être davantage soutenue.

La commune avait inscrit la santé mentale dans son budget, mais elle n'a prévu que 40.000 € dans le budget, qui n'ont pas été utilisés, pour cette raison elle s'interroge sur le suivi psychologique des enfants.

Elle souligne également les dangers de la circulation routière, en particulier le matin sur le chemin de l'école. C'est la raison pour laquelle il faudrait investir davantage dans le transport scolaire. Il devrait également être

possible d'emmener les enfants à l'école en bus dans l'éducation précoce.

Elle salue l'initiative d'économie circulaire et espère que cette idée sera mise en œuvre, mais regrette le manque de sensibilisation aux économies d'énergie. Pour le Superseniör, il serait intéressant de savoir qui participe. Elle voit également Baby-Plus et Rééducation Précoce comme un soutien pour les jeunes familles.

Comme de nombreux points importants ne sont donc pas inclus dans le budget 2023, le groupe ne votera pas dans le budget 2023.

Dans sa réponse, le **bourgmestre Nicolas Pundel (CSV)** aborde les questions soulevées qui sont compréhensibles et dont certaines doivent encore être mises en œuvre d'ici le 11 juin.

En ce qui concerne les mesures d'économie d'énergie dans les Thermes, il souligne qu'il s'agit d'un syndicat et que des économies y sont également réalisées. En ce qui concerne les frais de stationnement, il souligne qu'il ne s'agit pas de revenus pour la commune. Il s'agit plutôt d'éviter le stationnement de longue durée. De plus, le prix utilisé les toilettes de l'église inclut plusieurs toilettes. La santé mentale des enfants est également importante, mais la commune n'a pas accès à l'école, n'est même pas autorisée à embaucher du personnel enseignant supplémentaire, il en va de même pour la lutte contre le gaspillage. Cela devrait ensuite être mis en place parallèlement à l'opération de l'école, afin que des personnes extérieures puissent peut-être prendre le relais. Il attire également l'attention sur divers projets gouvernementaux dans ce domaine.

En plus d'une statistique concernant Superseniör, il discute d'autres statistiques qui pourraient être utilisées pour aider certains projets à aller de l'avant.

Une campagne de sensibilisation aux économies d'énergie est prévue, parallèlement à la limitation des déchets et avec des références aux aides nationales et locales.

En ce qui concerne le transport scolaire, il souligne que malgré l'augmentation du nombre d'enfants, trois autobus scolaires suffisent toujours, ce qui suggère que de nombreux enfants sont conduits à l'école en

voiture bien que le nombre d'enfants arrivant à vélo augmente également.

Le **conseiller Marc Fischer (DP)** partage le point de vue des « déi Gréng » selon lequel il y a trop peu de ressources dans le budget pour l'environnement. Mais surtout, il manque une vision de l'avenir et parle ici d'une « navigation à vue » sans prévoyance.

Il s'oppose également au transfert d'argent dans un fonds de réserve tant que des prêts sont en cours car il serait préférable d'utiliser ce fonds pour rembourser les dettes lourdes en intérêts.

Le catalogue des taxes communales devrait être révisé chaque année car il devient de plus en plus difficile d'ajuster les prix pour couvrir les coûts alors que ceux-ci sont de plus en plus élevés. Il cite l'exemple des repas sur roues et de l'élimination des déchets, où la loi prescrit le principe du recouvrement des coûts. Néanmoins, il serait important de dresser une liste pour informer les citoyens de la hauteur réelle des taxes.

En conclusion, il voit surtout la nécessité d'un plan efficace qui prend soin de garder les dépenses sous contrôle, ainsi que la nécessité d'améliorer la qualité de vie. La commune ne peut pas tout faire, mais il faudrait se battre auprès des ministères pour cela et se donner les moyens d'augmenter la pression sur le gouvernement. En outre, ses remarques ne sont pas dirigées contre les partis majoritaires, mais données dans l'intérêt des citoyens de Strassen.

La **conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP)** considère le budget comme un document volumineux dans lequel beaucoup de choses sont bonnes, mais dans lequel elle aurait aussi fait certaines choses différemment. Elle aurait aussi facilement pu répéter ses discours des années précédentes sur le même sujet. Le budget reste un jeu de chiffres dans lequel des choses sont annoncées, mais sont ensuite réalisées partiellement, pas du tout ou différemment du projet initial, tandis que de nouveaux projets sont ajoutés. Il manque de précision ainsi que d'états financiers précis, raison pour laquelle elle ne peut pas l'approuver.

De nos jours, un budget ne doit pas être une pochette-surprise. Si l'on attend une approbation, il lui faut de la

transparence et de l'information. C'est d'autant plus vrai que, dans six mois, un nouveau conseil communal devra peut-être continuer à travailler avec ce budget. Dans d'autres communes, ce document est élaboré de manière plus transparente et en commun avec l'ensemble du conseil communal. Elle se demande pourquoi la commune de Strassen y voit tant de problèmes.

Elle fait référence aux temps difficiles : après la crise sanitaire, une crise des prix et de l'énergie, la guerre en Ukraine et la crise au marché du logement.

En particulier, elle n'aime pas le peu de réponses du budget à la crise écologique et énergétique. Par rapport aux dépenses de divertissement, l'environnement et l'énergie sont négligés. La commune devrait devenir plus proactive.

Au lieu de cela, seul ce qui doit être fait est fait, des conventions sont signées mais ne sont en aucun cas proactives. Il n'y a pas d'inventaire de la consommation d'énergie des bâtiments et se demande où sont les moyens pour le mettre en œuvre. Qu'en est-il des systèmes photovoltaïques privés ? Ce n'est qu'en novembre et à l'initiative des « déi Gréng » qu'une discussion sur les mesures d'économie d'énergie a eu lieu. Enfin, elle souligne la situation intolérable et malsaine pour les citoyens, qui sont exposés quotidiennement au bruit, à la saleté et à la circulation automobile.

La DP appelle le collègue échevinal à ne pas rester les bras croisés, mais à s'attaquer de manière proactive à ce problème avec une commission dédiée.

Elle critique également l'absence de chiffres relatifs à l'élimination des déchets. On avait également promis aux citoyens une liste des coûts impliqués, mais cela n'a pas encore été fait.

La commune ne veut pas retirer de l'argent des poches de ses citoyens, mais doit montrer que quelque chose peut être fait pour l'environnement et en même temps pour les finances.

Elle encourage la participation démocratique et la participation citoyenne. L'intérêt politique diminue

et il y a une forme de défiance envers le politique. Elle encourage les politiciens de travailler de manière plus transparente. Le citoyen ne doit pas avoir l'impression que les décisions sont prises par-dessus la tête du peuple. Par conséquent, l'information doit être fournie rapidement et clairement.

Le dernier « Buet » sur les réunions du conseil communal a été publié en mars. Par conséquent, son groupe exige que les réunions du conseil communal soient diffusées en différé, dans différentes langues. C'est la panacée pour inclure la population qui se compose de 61 % d'étrangers. S'ils ne savent pas ce qui se passe, ils ne peuvent pas être intéressés. Ce n'est que si c'est communiqué à tout le monde que la population peut s'intéresser à la vie communale.

« Je n'ai pas l'impression que nos idées soient reflétées dans le budget, c'est pourquoi nous ne pouvons pas le voter. »

« Nous faisons une politique positive et constructive, essayons d'améliorer les projets ou donnons des idées en cours de route, bien qu'il ne soit pas possible d'obtenir la collaboration du collègue échevinal, collaboration que nous lui offrons. C'est pourquoi nous ne voterons pas en faveur du budget dans son ensemble, mais nous soutiendrons les projets qui nous semblent bons, ainsi qu'aux citoyens. »

Pour le **conseiller Laurent Glesener (DP)**, étant donné que tant de choses ont déjà été dites, il n'a pas été nécessaire de soumettre des questions écrites, bien que l'une ou l'autre question soit peut-être encore soulevée. Il se réfère à son discours de l'année précédente et, compte tenu des nombreux nouveaux membres du conseil communal, il revient sur la bonne gouvernance politique avec l'obligation de rendre compte, d'élaborer des stratégies, d'impliquer tous les citoyens et même l'opposition. Pour lui, c'est la base de la démocratie pour se parler, pour laquelle un contrôle ciblé est approprié, afin que les échevins et les conseillers communaux ne se retrouvent pas dans une situation embarrassante.

Néanmoins, il se réjouit lorsque des projets qu'il a suggérés sont un jour réalisés, tels que les panneaux électroniques après 15 ans, qui pourraient également être utilisés autrement que pour annoncer des événements.

Par exemple, pour sensibiliser les citoyens. D'autres exemples sont la réalisation du hall de karaté ou l'adhésion à l'Alliance pour le climat. En général, cependant, il regrette que le fil vert soit quelque peu négligé dans le budget, surtout dans la situation actuelle.

Il approuve expressément l'apparition de l'a.s.b.l. « Rondel », tout en espérant qu'elle pourra également prendre pied dans la commune.

À première vue, le budget est équilibré dans ce contexte difficile, mais ce qui est élaboré ici a un impact sur les jeunes, de sorte que les jeunes citoyens devraient également avoir la possibilité de participer davantage. Dans cette optique, il s'attend à ce que le plan financier communal pluriannuel soit mis en place prochainement.

Un certain nombre de questions concrètes concernant la mobilité douce et tout ce qui concerne le thème du climat et de l'environnement reste à discuter.

En ce qui concerne la « gouvernance », il est essentiel d'obtenir une plus grande participation citoyenne, bien qu'il soit décevant de voir le peu de public aux réunions d'information.

Le **conseiller Léandre Kandel (DP)** n'a que deux suggestions à faire au collège échevinal. D'une part, il aimerait voir la création d'une commission d'archives, sinon de précieux souvenirs seront perdus. Il y a des gens dans la commune qui s'y intéressent et qui ont aussi collecté beaucoup de documents. Il faudrait juste trouver les bons membres pour cette commission.

Il propose encore une autre commission pour s'occuper de l'achat de terrains. Il devrait s'agir de personnes connaissant bien ce domaine et qui savent quand un terrain est mis en vente, afin que la commune n'ait pas à faire usage de son droit de préemption, ce qui signifie que l'achat du terrain n'est plus affecté à un usage spécifique.

Dans ses réponses aux remarques du DP, le **bourgmestre Nicolas Pundel (CSV)** fait référence à la proposition de rembourser les prêts avant la création d'un fonds de réserve et estime que cela mérite d'être examiné.

Il serait également légitime d'ajuster le catalogue des taxes, bien que toutes les taxes ne doivent pas

nécessairement couvrir les coûts. En ce qui concerne la participation effective à la préparation du budget communal, le bourgmestre note que les déclarations faites seront également reflétées dans le budget à un moment donné. Cependant, si l'on veut renforcer cela, on doit commencer plus tôt.

Nicolas Pundel évoque également les projets énergétiques et écologiques, les visites ministérielles peu concluantes, l'élimination des déchets et la participation citoyenne qui devrait se dérouler en plusieurs langues.

En ce qui concerne la coopération avec l'opposition, il note que les suggestions du conseil communal trouveraient leur reflet au niveau du collège échevinal et que la coopération visée a été acceptée par les deux parties.

L'idée d'une commission des archives devrait également être réalisée avec l'implication des citoyens, à l'instar de l'équipe climatique, notant que l'équipe du climat fonctionne très bien.

La **conseillère Anne Arend (CSV)** félicite le collègue échevinal pour la préparation du budget équilibré, qui s'est terminé par un excédent de 3 millions d'euros avec 4 millions d'euros supplémentaires dans le fonds de réserve. Elle mentionne également le soutien financier des associations et énumère les événements individuels qui sont une condition préalable à l'inclusion des 60% de non-Luxembourgeois et pour prouver que Strassen n'est pas une commune-dortoir, mais offre également toutes les commodités aux alentours de la capitale.

Elle se félicite également du fait que beaucoup d'investissements sont consacrés à l'intégration, beaucoup étant fait par l'intermédiaire des commissions de l'intégration et de l'égalité des chances. Elle évoque également la nécessité de communiquer en plusieurs langues, compte tenu du caractère multinational de la population. Elle fait également référence aux efforts de la commune en faveur de la justice sociale, à travers la création de logements sociaux, et des initiatives telles que l'a.s.b.l. Rondel, etc.

Elle parle aussi des projets autour du centre du village avec la nouvelle école, le terrain de football et le centre de jeunesse.

La **conseillère Anne Arend (CSV)** mentionne la situation actuelle des marchés financiers et des taux d'intérêt en particulier. Elle souhaite en savoir plus sur les taux d'intérêt créditeurs en comparaison avec les taux d'intérêts débiteurs de la commune. Elle pense qu'il serait peut-être judicieux de rembourser partiellement les dettes au lieu de contribuer 4 millions d'euros au fonds de réserve. Elle s'interroge également sur les taux d'intérêt négatifs inscrits au budget 2023. Finalement elle s'enquiert des fonds inscrits au budget pour les vacances au ski des écoliers, qui, n'ont pas eu lieu en 2022 et qui auraient dès lors dû être enlevés du budget rectifié.

Le **bourgmestre Nicolas Pundel (CSV)** souhaite impliquer plus étroitement la commission des finances en ce qui concerne le budget à l'avenir. Il a également réaffirmé l'importance des manifestations pour impliquer les citoyens non luxembourgeois, en particulier le marché de Noël mais aussi les terrains de jeux, où les familles de toutes nationalités se rencontrent souvent de manière informelle.

Il confirme la conseillère dans sa demande de communication multilingue, ainsi que l'orientation sociale de la commune et de l'actuel collège échevinal, et il note qu'on est en certains points un pionnier dans le pays. Il évoque également la coordination des travaux, y compris en ce qui concerne « Strassen 2030 ».

En ce qui concerne les vacances d'hiver pour les écoliers, il est désolé qu'elles n'aient pas pu être organisées en 2022 pour des raisons sanitaires et confirme que le poste budgétaire sera ajusté. Il continue à encourager le voyage en cycle 4.1 mais il est d'avis qu'il n'est pas nécessaire d'aller skier, car cela diviserait les enfants en certaines catégories.

La **conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP)** aborde les plans existants pour la nouvelle école en relation avec la mention de « Strassen 2030 » et se plaint qu'aucun plan global de « Strassen 2030 » n'a encore été soumis au conseil communal, des projets tels que l'école présentant ici une influence significative. Par conséquent, elle demande que le plan global soit soumis au vote du conseil communal après une discussion approfondie, car il n'aurait jamais été présenté au conseil communal. Elle fait également référence aux

ambiguïtés existantes concernant le terrain de football ainsi que le besoin réel d'espace scolaire pour soutenir sa demande de soumission d'un plan d'ensemble.

Le **bourgmestre Nicolas Pundel (CSV)** contredit la conseillère DP en affirmant que le plan « Strassen 2030 » a été présenté comme document de travail lors de toutes les discussions sur les projets de construction, seulement récemment lorsque le centre du village a été discuté au conseil communal. Ce plan ne serait pas un secret, mais un document de travail à la suite d'un concours d'architecture. Il s'agirait toujours du même plan qui a été élaboré à l'époque et qui est constamment adapté aux besoins.

Le **conseiller Marc Fischer (DP)** voit précisément dans ces adaptations le danger de créer des conditions qui pourront faire obstacle à une mise en œuvre ultérieure des plans prévus.

Le **bourgmestre Nicolas Pundel (CSV)** rétorque qu'on travaille toujours avec le même plan, l'école ainsi que le terrain de football sont toujours prévues au même endroit. Une zone de jeunesse a bien été définie, mais cela n'affecte pas le plan d'ensemble, puisqu'une maison des jeunes y est également prévue. On s'en tient au plan, qui, cependant, sera ajusté de manière sélective.

La **conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP)** voit déjà des problèmes avec l'accès du transport des élèves à l'école en raison de la mise en place d'un centre de fitness et répète qu'elle n'a jamais reçu le plan global.

Après une longue discussion controversée, la discussion budgétaire se poursuit.

La **conseillère Isabel Domingues (LSAP)** aborde dans son allocution, entre autres, les prix et la qualité des repas sur roues dont, selon elle, les consommateurs sont satisfaits. Elle propose également de faire de la nouvelle Maison des Jeunes un lieu de rencontre pour les générations, jeunes et moins jeunes.

Elle poursuit en parlant des sports loisirs réussis, en notant les nombreux cours que la commune offre à ses habitants, ainsi que le soutien de la commune à la commission culturelle qui peut ainsi organiser toute une série d'événements culturels.

Le **conseiller Paul Klensch (LSAP)** voit Strassen comme une communauté cosmopolite proche de la capitale, qui se développe fortement grâce à son dynamisme et à sa politique ambitieuse, même si cette évolution n'est pas toujours facile à suivre.

En ce qui concerne le budget, il souligne les nouveaux règlements des taxes qui soutiennent le tri des déchets et donc le comportement durable des citoyens. Il passe à l'approvisionnement en eau potable et mentionne les efforts visant à maintenir une bonne qualité de vie et à investir dans de nouvelles infrastructures, e.a. dans le domaine des loisirs, des activités sportives et l'enseignement.

Il voit la croissance démographique de 7.000 à 10.300 habitants au cours de la dernière décennie comme la confirmation d'une commune résidentielle et de travail attrayante, du bien-être, de l'intégration et de la satisfaction des citoyens.

D'autre part, il considère comme négatifs la hausse des prix de l'immobilier, la baisse de la solvabilité de certains citoyens qui en résulte, ainsi que les problèmes de circulation, de bruit et de pollution de l'air, souvent au détriment de la nature.

La vie des associations, qui contribue à la cohésion et au bien-être de la population, se porte bien. Certaines associations sont des figures de proue attrayantes et vivantes et donc d'une publicité prodigieuse pour Strassen.

La commune se trouve dans une situation avantageuse, ce qui lui permettra de réaliser de nouveaux projets et investissements dans l'avenir.

La majorité LSAP-CSV actuelle s'est fortement engagée dans le développement durable et de la politique environnementale au bénéfice des générations futures en promouvant des projets appropriés dans les écoles, des politiques de mobilité durable et énergétiques ou la mobilité douce.

Il souligne que la conseillère du LSAP, Victoria El-Khoury, avait déjà entamé en juillet la discussion sur les mesures d'économie d'énergie dans la commune de Strassen en mettant l'accent sur le centre de natation intercommu-

nal Les Thermes, l'éclairage public et l'éclairage des bâtiments publics.

Le **conseiller Paul Klensch (LSAP)** suggère que la politique communale intensifie ses efforts pour promouvoir la participation directe des citoyens, ne pas considérer les nouvelles technologies comme des obstacles, et encourager les échanges sociaux. Le réseau social numérique de quartier pourrait encourager davantage les citoyens à s'entraider, à organiser des fêtes de quartier, etc.

Il traite de l'importance de soutenir le sport pour la santé, l'intégration, l'amitié, la communication, la solidarité et le comportement social.

Le **conseiller Paul Klensch (LSAP)** évoque que plusieurs taxes n'ont pas été ajustés depuis plusieurs années. Il encourage le collège échevinal, si la situation le permet, de réaliser des allègements en renonçant complètement à diverses taxes peu rentables. En se référant aux 4 millions d'euros apportés au fonds de réserve, il est d'avis que la commune pourrait faire bénéficier à ses citoyens des allègements de taxes. Cela éviterait également diverses discussions au conseil communal et permettrait certainement de soulager la charge de travail administratif de la commune pour encaisser quelques milliers d'euros. En outre, la dette par habitant a considérablement diminué en raison de la croissance démographique et de la situation financière saine de la commune. Il évoque ici les investissements prévus d'environ 120 millions d'euros de 2018 à 2030 pour l'agenda « Stroossen 2030 », avec la création d'un centre villageois, la construction d'un CIPA, l'extension des infrastructures scolaires, etc.

Il fait l'éloge de Strassen en tant que commune pionnière du logement social et souligne le large éventail d'activités de loisirs culturels comme élément clé de la cohésion des habitants de la commune : la Biennale, le « Stroossefestival », la « Fête de la Musique », ainsi que l'offre culturelle dans le « Centre Barblé » et dans la « Galerie A Spiren ».

En ce sens, il soutient également la proposition du conseiller Léandre Kandel (DP) de créer une commission d'archives pour la préservation du patrimoine historique, et ajoute que cette commission pourrait également

contribuer dans le stockage et la préservation du patrimoine culturel de la commune.

Par conséquent, il va voter le budget pour maintenir et améliorer le bien-être, le sentiment de sécurité et la qualité de vie de la population multiculturelle, pour relever les défis du développement communautaire et pour renforcer la cohésion sociale et l'intégration de tous les résidents.

Dans sa réponse sur les déclarations des conseillers du LSAP, le **bourgmestre Nicolas Pundel (CSV)** revient sur les repas sur roues, où il a été retenu que ces taxes ne doivent pas nécessairement couvrir les coûts et que la commune pourrait apporter une contribution.

Une suggestion qui sera certainement suivie est celle la Maison des Jeunes intergénérationnelle.

Dans le cas des sports loisirs, il a également été discuté si on augmente les prix ou non, et en ce qui concerne la culture, le bourgmestre note que cela fait simplement partie de la richesse d'une commune. Par conséquent, en tant que communauté, il faut simplement soutenir cela.

En ce qui concerne la remarque concernant l'approvisionnement en eau potable, le bourgmestre se réfère à l'obligation des communes de protéger leurs sources d'eau potable.

La croissance démographique, en revanche, augmente plus rapidement que ne le souhaiteraient parfois les dirigeants communaux, car certains lotissements ont été construits plus rapidement que les bâtiments scolaires requis par après.

En ce qui concerne la satisfaction des résidents, il donne raison à l'orateur. Peu de citoyens ont déménagé parce qu'ils étaient insatisfaits à Strassen, mais plutôt parce qu'ils ne pouvaient plus se payer d'appartement dans la commune.

On a également beaucoup cité les associations qui représentent un point important dans la commune car elles effectuent un travail formidable dans le domaine de l'intégration. Cependant, le bourgmestre souligne également que certains clubs atteignent simplement leurs limites et ne peuvent pas accepter de nouveaux membres.

En ce qui concerne les économies d'énergie, il note qu'un certain nombre de magasins ont déjà réduit leur éclairage, et une lettre à cet effet sera envoyée aux commerçants cette semaine pour les remercier et les sensibiliser une fois de plus. Une note y sera jointe grâce à laquelle ils pourront signer une liste - publiée sur Internet - des magasins et bureaux qui participent aux économies d'énergie.

Dans le cas du sport, la commune tente de promouvoir le sport pour tous les groupes d'âge et le bourgmestre aborde une fois de plus l'adaptation ou la suppression proposée de diverses taxes.

Le **conseiller Paul Klensch (LSAP)** explique sa proposition d'abolition de diverses taxes qui, d'une part, n'apportent pas de revenus significatifs à la commune et, d'autre part, sont toujours associées à des frais plus importants que la recette.

Par ailleurs, le bourgmestre réaffirme la bonne situation financière de la commune et est d'accord avec la création d'une commission des archives.

Comme il n'y a pas d'autres demandes de parole sur le budget communal, le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) met au vote le budget rectifié 2022 qui se termine par un boni de 23.142.591,09 € avec les ajouts présentés.

Le budget 2022 amendé est adopté contre les votes des conseillers Martine Dieschburg-Nickels, Marc Fischer, Laurent Glesener et Léandre Kandel (tous DP).

Le budget 2023, qui se termine avec un excédent de 3.158.779,36 €, est adopté contre les votes des conseillers Martine Dieschburg-Nickels, Marc Fischer, Laurent Glesener et Léandre Kandel (tous DP) ainsi que de Maryse Bestgen-Martin et Anne-Marie Linden (tous deux « déi Gréng »).

5. Divers.

Sous « Divers », le **bourgmestre Nicolas Pundel (CSV)** revient sur le Plan d'Action Local (PAL) et le début du Pacte Logement. Cela implique la nomination d'un consultant interne ou externe en logement. Étant donné qu'un représentant du bureau d'études « Schroeder - Associés » a été impliqué jusqu'à présent,

le bourgmestre propose de continuer à l'engager en tant que consultant externe. Ici, l'État subventionne 360 heures et la commune reçoit une subvention de 371 500 €. La convention a une durée de dix ans.

La **conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP)** y voit une idée motivante, mais exprime ses doutes quant à la charge administrative nécessaire.

La convention et la désignation du consultant externe sont adoptées à l'unanimité lors de votes séparés.

La **conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng)** fait référence à la brochure qui a été publiée concernant la nouvelle loi sur les déchets, avec un certain nombre de changements qui n'ont pas encore été communiqués à la population.

La **conseillère Anne Arend (CSV)** propose dans ce contexte de publier une nouvelle brochure à l'intention de tous les résidents.

La **conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng)** s'enquiert de l'inscription des non-Luxembourgeois sur les listes électorales, suite à quoi le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) annonce qu'il est désormais supérieur à 14 %, plaçant Strassen à la troisième place nationale.

La **conseillère Anne Arend (CSV)** rend compte de la bonne ambiance au marché de Noël.

La **conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng)** souhaite que les rapports de toutes les commissions communales consultatives soient transmis aux membres du conseil communal, tandis que la conseillère Anne Arend (CSV) critique la composition de la commission des finances. Elle explique que dorénavant 4 membres sur 7 font également partie du conseil communal rendant la discussion sur le budget redondante.

6. Affaires de personnel (huis clos)

a) Décisions portant sur la nomination définitive d'un fonctionnaire communal.

En séance à huis clos, le conseil communal traite de la nomination définitive d'un fonctionnaire communal.

Communal Council meeting of 07 December 2022

AGENDA

1. **Approval of the table of precedence of the Communal Council.**
2. **Presentation of the amended draft budget for 2022 and the provisional budget for 2023.**
3. **Approval of a notarial act.**
4. **Decisions on the exercise of a right of pre-emption.**
5. **Approval of the draft budget of the Social Office for 2023.**
6. **Appointments to vacant posts at the Social Office.**
7. **Confirmation of several temporary traffic regulations.**
8. **Amendment of the General Traffic Regulation.**
9. **Amendment of the decision on compensation for cash losses.**
10. **Appointment of a Rental Commission Secretary.**

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1st Alderman; Jean Claude Roob (LSAP), 2nd Alderman. Anne Arend (CSV); Maryse Bestgen-Martin (Déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Isabel Domingues (LSAP); Jean-Marie Dürrer (CSV); Marc Fischer (DP); Laurent Glesener (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (Déi Gréng), Councillors. Secretary: Christian Muller.

ABSENT (EXCUSED)

Léandre Kandel (DP), Councillor.

Before opening the Communal Council meeting, Mayor Nicolas Pundel (CSV), alongside Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) and Alderman Jean Claude Roob (LSAP), swore in the new Councillor Anne-Marie Linden (Déi Gréng), who replaced Claire Remmy (Déi Gréng) on the Communal Council.

1. Approval of the table of precedence of the Communal Council.

In her inaugural speech, the new Councillor spoke of her main objectives for her role on the Communal Council. She had lived in the Commune of Strassen for 16 years and had been a member of Déi Gréng since 2009. As a mother, the well-being of children was particularly important to her, including their feelings of happiness and safety in the Commune, high-quality care at both school and the “Maison relais”, safe routes to go to school, a high number of playgrounds, streets for all (not just cars) and a quiet town where everyone can feel at ease. Bearing these priorities in mind, she was looking forward to a productive cooperation in the Communal Council.

The first item on the agenda concerned the new table of precedence for the members of the Communal Council, listed in accordance with how long they had been in office at the Communal Council. The table of precedence was updated and unanimously approved as follows: Léandre Kandel (DP), Nicolas Pundel (CSV), Jean-Marie Dürrer (CSV), Betty Welter-Gaul (LSAP), Marc Fischer (DP), Laurent Glesener (DP), Martine Dieschburg-Nickels (DP), Jean Claude Roob (LSAP), Maryse Bestgen-Martin (Déi Gréng), Paul Klensch (LSAP), Anne Arend (CSV), Isabel Fernandes Domingues (LSAP) and Anne-Marie Linden (Déi Gréng).

2. Presentation of the amended draft budget for 2022 and the provisional budget for 2023.

After thanking all those involved in drafting the amended 2022 budget and the provisional 2023 budget, Mayor Nicolas Pundel (CSV) presented the 170-page document. The final estimated surplus was EUR 3,211,816.65 for 2023.

The Mayor compared the figures of the amended budget for 2022 with those in the 2023 budget.

In the ordinary budget, revenue from property tax, trade tax and the FDGC (Endowment Fund for the Communes) increased from EUR 39,242,485.07 to EUR 41,111,284.90 (the first figure corresponding to the amended budget for 2022 and the second to the provisional budget for 2023).

Overall, the revenue in the ordinary budget increased from EUR 46,365,508.45 to EUR 47,799,781.15.

As regards ordinary expenditure, amongst others, the Mayor referred to the debt repayment of EUR 951,000 for 2023 and to the EUR 4 million placed in the reserve fund.

With around 10,500 inhabitants, 61 % of the population in Strassen was not Luxembourgish and 25 % of the remaining 39 % had dual nationality. As a result, integration was a priority. Indeed, it reflected the citizens' wishes.

Nicolas Pundel (CSV) also mentioned the increase in expenditure for the Youth Club (from EUR 161,000 to EUR 361,000). This was due to the fact an outreach worker ("aufsuchende Jugendarbeit") had been contracted to liaise with the young. Moreover, expenditure for the Senior Club totalled EUR 311,000, and that for the Riedgen Centre had risen from EUR 629,000 to EUR 644,000. Finally, the cost of the "Repas sur Roues" ("Meals on Wheels") service totalled EUR 142,850.

Expenditure on crèches and childcare facilities increased from EUR 711,437 to EUR 758,937, while that for the "Maison relais" went up from EUR 2,404,300 to EUR 2,310,200.

The maintenance of sports infrastructures amounted to EUR 844,000, with an additional EUR 307,000 reserved for grants and sports mentoring.

The Mayor also listed the cost to the Commune for the "Thermes" (which rose from EUR 1,796,200 to EUR 1,846,000), the Scouts' chalet (EUR 51,000) and the total expenditure for public cultural events (EUR 1,073,800).

As to environmental expenses, waste disposal costs increased from EUR 1,208,800 to EUR 1,298,800, the cost of wastewater treatment went from EUR 824,840 to EUR 919,840, and EUR 322,000 were reserved for energy-saving measures. Overall, expenditure in this area increased from EUR 2,405,011.33 to EUR 2,912,469.36.

The maintenance costs were listed as follows: for apartments, they rose from EUR 345,559.06 to EUR 574,759.06, and for public places, they went from EUR 468,000 to EUR 543,000. In addition, expenditure related to traffic, public squares, roads and pathways totalled approximately EUR 2 million.

The cost of drinking water supplies increased from EUR 1,243,772.63 to EUR 1,510,272.63.

Strassen spent approximately EUR 1 million on security services for the Commune (i.e. on communal staff, the fire brigade, protective clothing and training, etc.).

As to the cost of maintaining communal buildings, Mayor Nicolas Pundel (CSV) referred to the works that would be carried out at the Lion d'Or, the Barblé Centre and the church. He added that the requirements relating to compliance or new safety rules were constantly changing.

The operating costs for the primary school amounted to EUR 2,349,795.48 in the 2023 budget (compared to EUR 2,282,395.57 for 2022). The music school cost EUR 620,419.79 in 2023 compared to EUR 656,750 in 2022, in addition to other classes.

In total, the expenditure in the amended ordinary budget for 2022 amounted to EUR 37,782,138.77 and that for the 2023 budget totalled EUR 45,493,177.01.

In 2022, the Commune employed a total of 90.31 full-time posts, compared to 113.69 full-time posts at the end of 2023. Staff expenditure would therefore increase from EUR 9.9 million to EUR 10.8 million in 2023, that is, 28.5 % of the ordinary expenditure of EUR 41,493,177.01 (i.e. EUR 45,493,177.01 minus the EUR 4 million transferred to the reserve fund).

With these EUR 4 million, Strassen's reserve fund was

budgeted to total EUR 25,410,632.81 on 31 December 2023. On that same date, the total debt would amount to EUR 4,989,354.60.

Revenue totalling EUR 6,485,649 was foreseen in the 2023 extraordinary budget, compared to EUR 2,245,691 in the amended 2022 budget.

The following extraordinary investments were planned:

Purchase of buildings	EUR 8,500,000
Construction of the football pitch	EUR 4,000,000
Purchase of PAP (Special Development Plan) social housing on Rue Weyrich	EUR 1,730,053
Refurbishment of the Piesch estate	EUR 1,500,000
Refurbishment of the "Lion d'Or"	EUR 1,400,000
Contribution for the Beggen water plant (STEP)	EUR 1,377,000
Construction of a skateboarding runway	EUR 1,250,000
Extension of the communal workshop	EUR 1,200,000
Construction of the karate hall	EUR 750,000
Refurbishment of Route d'Arlon, Rue Follereau and Rue des Romains	EUR 600,000
Purchase of new vehicles	EUR 500,000
Works on drains/pipes	EUR 500,000
Refurbishment of the centre of Strassen	EUR 464,306
Installation of public toilets	EUR 450,000
Refurbishment of Rue des Carrefours	EUR 400,000
Construction of mini-houses	EUR 400,000
Works in the church hall	EUR 365,000
Renovation and extension of the Brameschbiereg source	EUR 361,000
Extension of the Riedgen Centre	EUR 350,000
Refurbishment of Rue des Romains	EUR 250,000
Construction of a morgue	EUR 250,000
Refurbishment of the pharmacy	EUR 250,000
Refurbishment of CTALD	EUR 250,000
Photovoltaic installations	EUR 200,000
Construction of social housing	EUR 200,000
Refurbishment of Rue de Reckenthal	EUR 200,000
New water pipes	EUR 200,000
Demolition of buildings	EUR 200,000
Construction of a school	EUR 200,000
Works at the "Maison Kohlen"	EUR 150,000
Urban planning	EUR 150,000
Works at the "Maison Feltgen"	EUR 100,000

Amended 2022 budget table

	Ordinary service	Extraordinary service
Total revenue	46,365,508.45	2,245,691.00
Total expenditure	37,782,138.77	24,450,350.61
2022 surplus	8,583,369.68	
2022 deficit	22,204,659.61	
2021 gains	36,762,881.02	
2021 losses		
Total gains	45,346,250.70	
Total losses		22,204,569.61
Ordinary budget transfer to extraordinary budget		
	- 22,204,569.61	+ 22,204,569.61
2022 expected gains	23,141,591.09	

2023 provisional budget table

	Ordinary service	Extraordinary service
Total revenue	47,799,781.15	6,485,649.00
Total expenditure	45,493,177.01	28,722,027.58
2023 surplus	2,306,604.14	
2023 losses		22,236,378.58
2022 gains	23,141,591.09	
2022 losses		
Total gains	25,448,195.23	
Total losses		22,236,378.58
Ordinary budget transfer to extraordinary budget		
	- 22,236,378.58	+ 22,236,378.58
2023 forecast gains	3,211,816.65	

3. Approval of a notarial act.

A notarial act concerning the free transfer of a plot of 0.12 ares on Chaussée Blanche in Strassen was adopted unanimously.

4. Decisions on the exercise of a right of pre-emption.

Upon the Mayor's proposal, the Communal Council unanimously renounced the exercise of its right of pre-emption regarding two plots of arable land at "In der Seiwelscht", respectively measuring 19.50 ares and 18.70 ares, and for sale for EUR 3.9 million.

The Communal Council also unanimously renounced its right of pre-emption for a plot of land of 5.48 ares in Rue Henri Dunant in Strassen, selling at EUR 1,770,000.

5. Approval of the draft budget of the Social Office for 2023.

Ms Betty Welter-Gaul (LSAP) presented the Social Office's budget for 2023.

The amended budget for 2022 showed revenue of EUR 514,377.79 and expenditure of EUR 514,206.94, the net profit thus being EUR 170,85. Together with the surplus of EUR 11,005.63 from the previous year, the total gains were EUR 11,176,48. The extraordinary budget's surplus from 2021 was EUR 89,231.08.

The 2023 budget listed revenue totalling EUR 639,170.00 and expenditure of EUR 649,977.04, resulting in a deficit of EUR 10,807.04. Offset by the surplus from 2022, the ordinary budget for 2023 closed with gains of EUR 369.44. The surplus of the previous year's extraordinary budget remained unchanged, totalling EUR 89,231.08.

After thanking the Social Office employees, Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) commented on the increase in the number of cases handled (268), which was 12.88 % higher than in the previous year. In addition, 23 % more vouchers were issued, 17 % more vouchers for visits to the doctor, and a total of 91 new cases were dealt with in 2022. Finally, although visits to the office decreased by 13 %, 2,458 requests were dealt with.

Councillor Jean-Marie Dürrer (CSV) thanked Betty Welter-Gaul (LSAP) for her work, which was not only valuable to people with disabilities, but also for those having trouble coping.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) reminded the participants that anyone may one day find themselves in a situation of emergency, hence why the Social Office was so important, even if its tasks were not always easy.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) seconded the Mayor's message of gratitude to the employees of the Social Office. She asked why no funds had been foreseen in the budget for the expected requests for heating bill subsidies.

In response, Mayor Nicolas Pundel (CSV) mentioned the energy subsidies paid by the State and the financial support provided by the Commune.

Councillor Marc Fischer (DP) spoke of the workshops against waste aiming to prevent excessive consumption and debt. According to Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP), the Social Office passed such cases on to the relevant organisations. Mayor Nicolas Pundel (CSV), on the other hand, mentioned the use of social follow-ups.

The budget of the Social Office was adopted unanimously.

6. Appointments to vacant posts at the Social Office.

Out of the four outgoing Social Office worker posts, Rose Faber did not renew her application. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) thanked the outgoing member of staff for her commitment and excellent work at the Social Office since 2007.

Five candidates applied for the four vacant posts. Maryse Bestgen, Malou Cannels, Anne-Marie Linden and Daniel Thein were elected new members of the Social Office by means of a secret ballot.

7. Confirmation of several temporary traffic regulations.

Several urgent temporary traffic regulations were unanimously approved (ex post facto).

8. Amendment of the General Traffic Regulation.

Strassen's General Traffic Regulation was amended to allow the stretch of Rue des Romains between Rue des Carrefours and Rue de la Chapelle to become a cycling street where cyclists had the right of way and the speed limit was 30 km/h.

Councillor Jean-Marie Dürrer (CSV) welcomed this modification, to which Mayor Nicolas Pundel (CSV) responded that he had wanted to implement it before the planned structural changes for safety reasons. Councillor Maryse Bestgen-Martin (Déi Gréng) enquired about when the works would take place.

Councillor Paul Klensch (LSAP) wanted to know why cyclists coming from the crossing between Route d'Arlon and Rue de la Chapelle were not allowed to

turn left onto rue des Romains directly. According to Mayor Nicolas Pundel (CSV), the National Roads Administration did not authorise it for safety-related reasons.

9. Amendment of the decision on compensation for cash losses.

The Communal Council unanimously approved the updated list of communal employees entitled to compensation for cash losses.

10. Appointment of a Rental Commission Secretary.

The Communal Council approved the resignation of Communal Secretary Christian Muller as Rental Commission Secretary by means of a secret ballot. Jordan Blanco was elected as the new Rental Commission Secretary, also by secret vote.

11. DP motion on the project for the new school building.

This motion had been postponed at the previous Communal Council meeting due to time constraints.

Councillor Laurent Glesener (DP) considered that the project for the new school building, for which an architects' competition has already taken place, fell under the responsibility of the Commune's Commission for Large-Scale Projects. Both school staff and part of the population should be addressed on the matter, as they were all involved in the "Strassen 2030" project.

The aim was to prevent the submission of final plans at a given time despite the fact they were linked to a project which had been under discussion for ten years. Taking a step back to discuss the overall concept was necessary. The fact that the project was planned for a five-year period was also of concern because the plans for the new football pitch had not yet been confirmed and no completion date had been set. Only then could the project begin. As a result, there was still sufficient time to discuss it, in particular in view of the related financial commitment and the impact on urban planning it would have for the subsequent 30 years.

According to Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP), citizens had questions about the school and football field project. She wondered about the projected evolution of the school-going population in the upcoming years and of the overall population in the next 15 years. Indeed, the school would have to be part of the village's overall plan. She referred to a visit that took place in 2019 as well as the change of opinion concerning the joint use of the "Maison relais" and the school. She was surprised that an architectural project had already been prepared. She would have liked to have discussions and meetings at least with those who formed part of the group at the time, as well as with the teaching staff and the affected population, so that common specifications could be drawn up. She also asked whether a competition had taken place, and who was responsible for selecting the architect and deciding on the EUR 25 million price tag. As a member of the Communal Council, she had not been informed, hence why she was stressing the importance of transparency and the necessary public participation. Moreover, the project has not yet been discussed by the Communal Council. She said that the Communal Council should meet to discuss everything, from football to finance, so that people would feel included. She lamented the lack of transparency, especially given that there would be elections in June and that the following Communal Council would have to continue working with the budget drawn up by the current Communal Council.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) did not understand the DP's objections. The specifications had been drawn up with the teaching staff and an architectural competition had taken place, which had been evaluated by a selection board.

On the other hand, it went without saying that the project had been defined and an architect was responsible for it, so the foreseen EUR 25 million would not suddenly fall short.

It was clear that the group would meet again when the architect started working on the project. At least two school representatives, two representatives from the "Maison relais" as well as parents would participate in these follow-ups.

As regards the projected number of children, the Mayor said that the Commune had been assessing the developments in demographics for some time. A key was used to calculate the rise in number of children in the Commune in accordance with populational growth trends. The problem lay in the speed at which buildings could be finalised.

Councillor Laurent Glesener (DP) was aware of the rise in the number of inhabitants and of the need to build a new school. The school would now be built at the location intended for the football pitch, and the development of Strassen's centre and mobility had not been considered. He feared that once the school had been built, nothing would have changed in the centre of town. Therefore, it would be preferable to discuss these plans with more people.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) pointed out that the plans took traffic flows into account, based on calculation.

Nothing had been left to chance. The school had also been discussed here, but the town centre would be discussed separately, because they were two different topics.

The most important issue was the design of the square in front of the Town Hall, whereas in the case of the school, the priorities were different. As a result, a group would be set up for the school, in which the members of the Communal Council would participate. The architect had been successfully selected, but the work was just beginning.

In relation to the plans for the town centre, on the other hand, a solution to the problem would have to be sought.

The discussion and vote on the communal budget would take place at the following meeting, on Wednesday 14 December.

Communal Council meeting of 14 December 2022

AGENDA

1. **Opinion on the National Spatial Planning Programme (PDAT).**
2. **Approval of several notarial acts**
3. **Approval of a lease.**
4. **Discussion and vote on the amended draft budget for 2022 and the provisional budget for 2023.**
5. **Any other business.**
6. **Staff matters (in camera)**
 - a) **Decisions on the final appointment of a communal official.**

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1st Alderman; Jean Claude Roob (LSAP), 2nd Alderman. Anne Arend (CSV); Maryse Bestgen-Martin (Déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Isabel Domingues (LSAP); Marc Fischer (DP) (until agenda item no. 4); Laurent Glesener (DP); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (Déi Gréng), Councillors. Secretary: Christian Muller.

ABSENT (EXCUSED)

Jean-Marie Dürrer (CSV) (power of attorney: Anne Arend); Marc Fischer (DP) (as from agenda item no. 5), Councillors.

1. **Opinion on the National Spatial Planning Programme (PDAT).**

Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained the National Spatial Planning Programme (PDAT) to the participants. It had been presented about two months prior by the Minister for Spatial Planning, Claude Turmes. The Government designed this programme with the aim of creating the conditions necessary for sustainable spatial planning. It would act as a central instrument and link between the communes

and the Ministry concerning matters pertaining to land distribution, the rational use of land, the creation of centres designed for both living and working, the preservation of natural resources in view of the growing population, and the economy. The goal was to prevent individuals from having to travel increasingly long distances between their homes and workplaces, ensure urban centres remained inhabited, and allow for the development of establishments in rural areas.

These were the considerations underlying the PDAT, which aimed to improve quality of life and health, reduce noise, traffic and light pollution, improve air quality and combat climate change.

The PDAT was based on a forecast annual population growth of between 10,000 and 13,000 inhabitants until 2060, with up to 1,200,000 inhabitants in Luxembourg. In that case scenario, the Commune of Strassen would be located in the Luxembourg City conurbation.

The deadline for feedback from the communes was 15 January. It would then be assessed and the document would be finalised by 2028. The communes would then have to amend their General Development Plans (PAGs) by 2030 to allow the full implementation of the PDAT by 2035.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) presented SYLVICOL's 50-page opinion. SYLVICOL had been given little time to provide its feedback and its opinion was not included in the PDAT. The communal association complained about the deadline because the task had to be done at the time of the preparation of the communal budgets. In addition, the legal value of the document was contested and gave rise to persistent clashes between the local PAG and the PDAT. The PDAT also gave the Government free rein to impose its own decisions on the communes.

Moreover, too many things were expressed in conditional terms and the overall document lacked coherence.

In line with SYLVICOL, **Mayor Nicolas Pundel (CSV)** proposed that the members of the Communal Council focus on the points listed below in their opinion.

1. The Commune of Strassen had developed a PAG with its population, in which demographics and job density had been jointly evaluated. The Commune opposed the fact that higher instances were imposing unwanted decisions on it.
2. If concrete projects had already been presented, the motorway coverage should be irrevocably included because it did not seal land use; instead, it created new areas of employment, reduced both noise and air pollution, and improved quality of life.
3. The Commune aligned itself with the opinion of SYLVICOL.
4. Under no circumstances would a PDAT be accepted without a prior discussion resulting in binding agreements between Government representatives and the Communal Council.
5. Due to the very short deadline for the delivery of the Commune's opinion, the Commune reserved the right to add additional comments even after 15 January 2023.

Councillor Marc Fischer (DP) highlighted the population increase in urban areas. The potential for such an increase in Strassen needed to be examined. To improve quality of life, the motorway coverage would not be sufficient. Account also had to be taken of the traffic on Route d'Arlon. The Commune had to demand more.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) supported the SYVICOL document but said that more emphasis should be placed on communal autonomy, and the principle of subsidiarity should be limited to whatever was strictly necessary. This point on communal autonomy was added to the opinion.

The Communal Council unanimously supported the opinion.

2. Approval of several notarial acts.

The notarial acts concerned the free transfer of a plot of land of 0.59 ares on Rue du Kiem to the Commune of Strassen.

Another notarial act regarded the free transfer of a plot of land of 0.92 ares to the Commune of Strassen, which would become the property of the Commune after it had used it for 30 years.

In addition, the Commune of Strassen acquired four plots of land totalling 139.3 ares in the "Merler Maerchen" and at "Seyleschfeld" for EUR 35,000 per are, i.e. a total of EUR 4,875,500.

These notarial acts were adopted unanimously.

3. Approval of a lease.

A lease for a social housing apartment with a bedroom on Rue Lou Koster was also approved unanimously.

A long discussion between **Councillor Martine Dieschburg-Nickel (DP)**, **Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP)** and **Mayor Nicolas Pundel (CSV)** ensued on the priorities and order of allocation of social housing, which were determined by the Social Office and not by the Mayor or Communal Council.

4. Discussion and vote on the amended draft budget for 2022 and the provisional budget for 2023.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) presented various changes made to the amended budget. In response, **Councillor Maryse Bestgen-Martin (Déi Gréng)** said that many of the approaches were good and there were many environmentally friendly ideas in the amended budget, which had been incorporated and implemented.

However, Strassen was also a commune at risk from the impact of climate change. As a result, the Commune had to do more. She was disappointed that Strassen did not raise more awareness among its citizens about the energy and climate crisis.

She then drew attention to the energy-saving measures presented by her party and was disappointed that no measures had yet been defined for the "Thermes".

Nothing had been done in the field of photovoltaics either and only a small amount had been spent on improving the energy efficiency of communal buildings. She hoped that more would be reserved for that purpose in the next budget. She also reminded the participants that the Environment Day had to be made up for and that communal taxes and fees should be adjusted regularly – indeed, some had not been adjusted for 15 years. Here, she drew particular attention to parking charges: they had to be adjusted and should be increased, especially for non-residents.

She discussed the legislation on waste, expressed her gladness at the fact that the cultural offer had not collapsed despite the COVID-19 pandemic and highlighted the many investments planned for football. She praised the construction of the Youth Club and the fact that the budget for young people had been increased to hire an additional member of staff.

As to extraordinary expenditure, she lamented that no funds had been earmarked for soft mobility, with the exception of the works on Rue des Romains. She criticised the significant increase in the price of the toilets planned at the church and highlighted the fact that the expertise of various members of the consultative commissions could potentially be used more for environmental protection.

Councillor Anne-Marie Linden (Déi Gréng) focused mainly on the social sector and increasing psychosocial problems among children, an issue which should receive more attention.

The Commune had included mental health in its budget, but it had only earmarked EUR 40,000 for this purpose, which had not been used. She therefore questioned the psychological support aimed at children.

She also highlighted the dangers of traffic, especially in the mornings when children were on their way to school. This was why more investments should be made in school transportation. It should also be possible to take children to school by bus in the early education years (“précoce”).

She welcomed the circular economy initiative and hoped that this idea would be implemented but

complained about the lack of awareness-raising on energy savings. As to the “Super Senior” programme, it would be interesting to know who was involved. She also saw the “Baby-Plus” and “Rééducation Précoce” programmes as forms of support for young families.

Her party would not vote for the 2023 budget because many important matters had not been included in it.

In his answer, **Mayor Nicolas Pundel (CSV)** addressed the issues raised: he could relate to them and some yet had to be implemented by 11 June.

As regards energy-saving measures at the “Thermes”, he pointed out that it was an association and that savings were also made there. As regards to parking charges, he pointed out that this did not represent income for the Commune and that the aim was rather to prevent long-term parking. The amount reserved for the church toilets covered several units. Children’s mental health was also important, but the Commune did not have any power over school matters and was not even allowed to hire additional teaching staff. The same applied to reducing waste. Such a plan would have to be put in place in parallel to the school’s operations, so that external personnel could take over. He also drew the participants’ attention to various governmental projects in this domain.

The Mayor gave some statistics on the “Super Senior” programme, and he discussed some other figures that could be used to help some projects move forward.

A campaign to raise awareness about energy savings was planned, in parallel with one on reducing waste and with references to national and local aid.

As regards school buses, he pointed out that despite the increase in the number of school-going children, three school buses were still sufficient, suggesting that many children were taken to school by car, although the number of children arriving by bike was rising too.

Councillor Marc Fischer (DP) agreed with Déi Gréng that there were too few resources in the environment budget. Above all, however, a vision of the future was lacking, and he spoke of “rudderless” progress.

He opposed the transfer of money to a reserve fund as long as loans had not been repaid, as it would be preferable to use the reserve fund to reimburse high-interest debt.

Communal taxes and fees should all be revised each year because it was becoming increasingly difficult to adjust the prices to cover the running costs, which were continually increasing. He gave the example of the “Repas sur roues” (“Meals on Wheels”) programme as well as that of waste disposal, for which the law prescribed the principle of cost recovery. It would be useful to draw up a list of the real level of taxes and fees to inform the citizens.

In conclusion, above all, he saw the need for an effective plan to contain expenditure, as well as the need to improve local quality of life. The Commune could do everything, but it was necessary to fight the ministries to reach these aims and make an effort to increase the pressure on the Government. Moreover, he added that his remarks were not directed against the majority parties; instead, they were made in the interest of the citizens of Strassen.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) felt the budget was an extensive and voluminous document that was in large part positive, but in which she would also have done some things differently. She could easily repeat the comments made in previous years on the same topic. The budget remained a set of figures: announcements were made, then they were implemented only partially, not at all or differently to what had initially been planned, and then new projects were added to the list. There was a lack of precision and exactitude in the financial statements, which was why she could not approve the budget.

Nowadays, a budget could not be a box of surprises. For it to be approved, transparency and data were required. Account also had to be taken of the fact that six months later, a new Communal Council may have to take over the budget in question. In other communes, the budget was drawn up in a more transparent fashion and in collaboration with the whole Communal Council. She wondered why acting as such was so problematic to the Commune of Strassen.

She referred to difficult times: after the health crisis, people were suffering from rising prices and the energy crisis, the war in Ukraine and the housing crisis.

In particular, she did not approve of the reflection of the ecological and energy crises in the budget. The environment and energy were neglected in comparison with expenditure on leisure. The Commune should be more proactive.

Instead, only what really had to be done was done, conventions were signed but the Commune was not proactive in any way. There was no inventory of the energy consumption of buildings and she queried the means to do so. What about private photovoltaic systems? Only in November and at the initiative of Déi Gréng had a discussion on energy-saving measures taken place. Finally, she highlighted the intolerable and unhealthy environment for citizens, who were exposed to noise, dirt and traffic on a daily basis.

The DP called upon the College of the Aldermen not to remain passive; instead, it should proactively address this issue with a commission specifically set up for that purpose.

She also criticised the absence of figures relating to waste disposal. Citizens had been promised a list of the costs involved, but this had not yet been provided.

The Commune did not want to take money out of the pockets of its citizens, but it had to demonstrate that something could be done for both the environment and for the communal finances.

She encouraged democratic participation and the citizens' participation. Interest in politics was waning and there was some defiance vis-à-vis politics. She urged politicians to be more transparent about their work. Citizens should not be under the impression that decisions were taken without any consideration for the people. This was why information had to be given quickly and clearly.

The latest “Buet” on the Communal Council's meetings was published in March. Consequently, her party demanded that the meetings of the Communal Council be broadcast in different languages after they

had taken place. This was crucial for the involvement of the population, which consisted of 61% foreigners. How could they show any interest if they did not know what was happening? The inhabitants could only take an interest in life in the Commune if matters were communicated to all.

She said: "I don't feel that our ideas are reflected in the budget, so we cannot vote for it," adding: "Our policies are positive and constructive, we try to improve projects or give ideas along the way. We can't get the College of Aldermen to cooperate with us, although we are reaching out. This is why we will not vote in favour of the budget as a whole, but we will support the projects that we feel are good and in the interest of the citizens."

Councillor Laurent Glesener (DP) stated that since many things had already been said, it had not been necessary to submit written questions, although one or the other could still be raised. He referred to his speech from the previous year and, given the many new members of the Communal Council, he reiterated the importance of good political governance that rested on accountability, drawing up strategies, involving all citizens and even the opposition. In his opinion, this was the basis of democracy, for which targeted control was appropriate, so that the aldermen and councillors would not land in awkward situations.

Nevertheless, he welcomed the fact that some projects he had suggested had been carried out, such as his proposal concerning electronic boards, fifteen years later, and which could also be used for matters other than to announce events, such as for example for awareness-raising campaigns. Other examples of projects he had tabled were the construction of the karate hall and membership in the Climate Alliance. Generally speaking, however, he was disappointed that the environment had been somewhat neglected in the budget, especially in view of the current circumstances.

He expressly approved of the creation of the "Rondel" non-profit and hoped that it could also take a foothold in the Commune.

At first sight, the budget was balanced considering the difficult context. However, it also had an impact on young people, so they should also have the opportunity

to participate more. With this in mind, he expected the multi-annual communal financial plan to be elaborated shortly.

A number of concrete questions on soft mobility and everything related to climate and environment remained to be discussed.

As to governance, it was essential to increase the citizens' participation, adding that it was disappointing that the information meetings attracted so few members of the public.

Councillor Léandre Kandel (DP) had only two suggestions for the College of the Aldermen. On the one hand, he wanted an archive commission to be created to prevent the loss of valuable memories. There were people in the Commune who were interested in its history and had collected numerous documents. The right members would have to be found for this commission.

He also proposed that another commission be set up to deal with land purchases. Its members would have to be familiar with real estate matters and know when land was put up for sale. In that case, the Commune would not have to make use of its right of pre-emption, meaning that land purchases would no longer have to be used for specific purposes.

In his replies to the comments made by the DP, **Mayor Nicolas Pundel (CSV)** referred to the proposal to repay the loans before the creation of a reserve fund. He considered that this option should be examined.

It would also be legitimate to adjust the list of taxes and fees, although they did not all necessarily have to cover costs. As regards effective participation in the preparation of the budget of the Commune, the Mayor noted that the declarations made would also be reflected in the budget sometime in the future. However, in order to ensure this happened more consistently, discussions would have to begin earlier.

He also referred to the energy and environmental projects, the inconclusive ministerial visits, waste disposal and public participation, which should be made possible in several languages.

As regards cooperation with the opposition, he noted that the Communal Council's suggestions would be reflected at the level of the College of the Aldermen and that both parties had approved the cooperation in question.

The idea of an archive commission should also take form in collaboration with the citizens, as had been done with the Climate Team. He added that the Climate Team was a success.

Councillor Anne Arend (CSV) congratulated the College of the Aldermen on the preparation of the balanced budget, with a surplus of EUR 3 million and an additional EUR 4 million in the reserve fund. She also mentioned the financial support for associations and listed the individual events which were crucial for the inclusion of the 60% of non-Luxembourgers in the Commune and that proved that Strassen was not just a dormitory town, but that it also offered all facilities close to the capital.

She also welcomed the fact that many investments were devoted to integration, with much being done through the Integration and Equal Opportunities Commissions. She also mentioned the need to communicate with the population in several languages, given its multinational nature. She also referred to the efforts made by the Commune to promote social justice through the creation of social housing and initiatives such as the "Rondel" non-profit, among others.

She then spoke about the projects around the town centre, including the new school, the football pitch and the Youth Club.

Councillor Anne Arend (CSV) mentioned the current situation of financial markets and interest rates in particular. She wanted to know more about the Commune's deposit interest rates compared to the interest rates on its loans. She thought it may be better to partially repay debts instead of placing EUR 4 million in the reserve fund. She also wondered about the negative interest rates entered in the 2023 budget. Finally, she enquired about the funds entered in the budget for the school ski trips: they had not taken place in 2022 and should therefore have been removed from the amended budget.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) wished to involve the Finance Commission more closely when planning the budget in future. He also reiterated the importance of events to integrate non-Luxembourgish citizens, mentioning in particular the Christmas market but also playgrounds, where families of all nationalities often met informally.

He agreed with the Councillor concerning her request for multilingual communication, as well as the social orientation of the Commune and the current College of the Aldermen, adding that for some matters, Strassen was a pioneer in the country. He also mentioned the coordination of tasks, including "Strassen 2030".

As regards the winter holidays for schoolchildren, he was sorry that they could not be organised in 2022 due to the pandemic. He confirmed that the related budget item would be adjusted. He maintained that trips were good for the 4.1 cycle but suggested that there was no need to go skiing, as this would divide children into groups according to levels.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) referred to the existing plans for the new school in relation to "Strassen 2030". She complained that no overall plan for "Strassen 2030" had yet been submitted to the Communal Council and said that projects such as the school would have a significant impact on it. She therefore requested that the overall plan be put to the vote of the Communal Council after a thorough discussion, as it had never been presented there. She also mentioned some inconsistencies regarding the football pitch and the real need for a space for the school in the context of the request for an overall plan.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) disagreed with the DP Councillor, stating that the "Strassen 2030" plan had been presented as a working document in all discussions on construction projects. This had taken place recently, when the town centre was discussed in the Communal Council. This plan was not secret, but a working document elaborated following an architectural competition. It was still the same plan as the one at the time and was constantly adapted to the needs at hand.

Councillor Marc Fischer (DP) saw these adaptations as a danger, because they would create conditions that may hinder the subsequent implementation of the plans.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) replied that the Commune had always worked with the same plan, the school and football pitch were always located in the same place. An area for young people had been defined properly, but it did not affect the overall plan, as the Youth Club had also been planned there. The Commune would stick to the plan, but it would be adapted in some specific aspects.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) already saw problems related to access to school transport for pupils due to the creation of a fitness centre. Moreover, she reiterated that she had never received the overall plan.

After a long and heated debate, the discussion on the budget continued.

In her speech, **Councillor Isabel Domingues (LSAP)** addressed the prices and quality of the “Repas sur roues” (“Meals on Wheels”). She said that the users were satisfied with the service. She also proposed that the new Youth Club become a meeting point for all generations, young and not so young alike.

She went on to talk about the successful leisure and sports offer, noting the many classes given by the Commune to its inhabitants, as well as the Commune’s support for the Cultural Commission, thanks to which a range of cultural events could be organised.

Councillor Paul Klensch (LSAP) saw Strassen as a cosmopolitan community close to the capital, which was developing fast thanks to its dynamism and ambitious policies, although it was not always easy to keep up with the trends.

With regard to the budget, he highlighted the new regulations on taxes targeting waste separation and thus the sustainable behaviour of citizens. He moved on to the drinking water supply and referred to efforts made to maintain a good quality of life and invest in new infrastructures, including leisure, sports and education.

He saw the population growth of between 7,000 and 10,300 inhabitants over the last decade as a confirmation of Strassen’s attractiveness as both a good commune to live and work in, where the citizens’ well-being, integration and satisfaction were ensured.

On the other hand, he considered the rise in house prices, the resulting decline in the creditworthiness of some citizens, and traffic, noise and air pollution as negative aspects, saying that the environment often suffered.

The associations, which contributed to the cohesion and well-being of the population, were successful. Some associations were attractive and lively hubs, acting as fantastic advertising for Strassen.

The Commune was in a good position, which would allow it to carry out new projects and make investments in the future.

The LSAP-CSV majority in power had strongly committed to sustainable development and environmental policies for the benefit of future generations by promoting related projects in schools and pushing sustainable and energy mobility policies or soft mobility forward.

He pointed out that in July, the LSAP Councillor Victoria el-Khoury had already launched the discussion on energy-saving measures in Strassen, focusing on the intercommunal swimming centre (“Thermes”), street lighting and lighting in public buildings.

Paul Klensch (LSAP) suggested that the Commune should step up its efforts in terms of its policy to promote the direct participation of its citizens, not to consider new technologies as barriers, and to encourage social exchanges. The neighbourhood online social network could further encourage citizens to help each other, organise neighbourhood festivities, etc.

He underscored the importance of promoting sport for health, integration, friendship, communication, solidarity and social behaviour.

Councillor Paul Klensch (LSAP) mentioned that several taxes and fees had not been adjusted for some years. He encouraged the College of the Aldermen,

if the situation so allowed, to lighten the burden by completely withdrawing various unprofitable taxes and fees. As to the EUR 4 million in the reserve fund, he was of the opinion that the Commune could give its citizens some tax relief. This would also prevent various discussions in the Communal Council and would certainly reduce the Commune's administrative workload for the collection of a few thousand euros. In addition, the debt per capita had decreased considerably thanks to the growth of the population and Strassen's healthy finances. Here, he referred to the planned investments of approximately EUR 120 million from 2018 to 2030 for the "Stroossen 2030" agenda, with the creation of a town centre, the construction of a CIPA (Integrated Centre for the Elderly), the extension of the school infrastructures, etc.

He praised Strassen for being a pioneering commune for social housing and highlighted the wide range of cultural leisure activities as a key element for social cohesion: the Biennale, the "Stroossefestival", the "Fête de la Musique" and the cultural offer at the Centre Barblé and "A Spiren" gallery.

In this sense, he also supported the proposal of Councillor Léandre Kandel (DP) to set up an archive commission for the preservation of local historical heritage, adding that this commission could also contribute to the storage and preservation of the Commune's cultural heritage.

He would therefore vote in favour of the budget to maintain and improve the well-being, feeling of safety and quality of life of Strassen's multicultural population, and meet the challenges of community development and strengthen social cohesion and the integration of all residents.

In his reply to the LSAP councillors, **Mayor Nicolas Pundel (CSV)** returned to "Meals on Wheels" matter, where it had been suggested that the fees charged did not necessarily have to cover the costs and that the Commune could make a contribution.

One suggestion that would certainly be followed up was the idea that the Youth Club could become an intergenerational meeting point.

In the case of leisure and sports, the issue as to whether prices should be raised or not was discussed. As regards culture, the Mayor noted that this represented part of a Commune's wealth. Therefore, as a community, culture should simply receive support.

Concerning the comment on the supply of drinking water, the Mayor referred to the obligation of communes to protect their drinking water sources.

The population, on the other hand, was increasing faster than the communal leaders wanted, as some properties were built before the required school buildings were completed.

With regard to the satisfaction of residents, he agreed with the Councillor. Few citizens moved away because they were dissatisfied with Strassen, but rather because they could no longer afford an apartment in the Commune.

There had also been a lot of mention of associations which were important to the Commune, as they carried out a great deal of integration work. However, the Mayor also pointed out that some clubs could no longer accept new members because they were full.

As regards energy savings, he noted that a number of shops had already reduced their lighting. A letter concerning the matter would be sent to shopkeepers that very week to thank them and raise awareness on energy savings once more. A note would be attached in which they would be able to enter a list (to be published online) of shops and offices that contributed to saving power.

In the case of sport, the Commune tried to promote sport for all age groups and the Mayor once again discussed the adaptation or proposed abolition of some fees.

Councillor Paul Klensch (LSAP) explained his proposal to abolish several fees because on the one hand, they did not provide significant income to the Commune, and on the other hand, the costs were always higher than the revenue generated.

Furthermore, the Mayor reaffirmed the Commune's good financial standing and agreed with the creation of an archives commission.

As there were no further requests to speak on the communal budget, Mayor Nicolas Pundel (CSV) put the amended budget for 2022 to the vote. It ended with gains of EUR 23,142,591.09 with the additions presented.

The amended 2022 budget was adopted. Votes against it came from Councillors Martine Dieschburg-Nickels, Marc Fischer, Laurent Glesener and Léandre Kandel (all DP).

The 2023 budget, which ended with a surplus of EUR 3,158,779.36, was adopted, with Councillors Martine Dieschburg-Nickels, Marc Fischer, Laurent Glesener and Léandre Kandel (all DP), Maryse Bestgen-Martin and Anne-Marie Linden (both Déi Gréng) voting against it.

5. Any other business.

Under this item, **Mayor Nicolas Pundel (CSV)** returned to the Local Action Plan (PAL) and the start of the Housing Pact. This involved the appointment of an internal or external housing consultant. Since a representative of the “Schroeder - Associés” consultancy had been involved so far, the Mayor proposed to continue hiring the firm as an external consultant. Here, the State subsidised 360 hours and the Commune would receive a grant of EUR 371,500. The duration of the agreement was 10 years.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) saw this as an incentive but expressed doubts about the administrative burden involved.

The agreement and appointment of the external consultant were adopted unanimously by separate votes.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (Déi Gréng) referred to the brochure that had been published on the new Waste Act, with a number of changes that had not yet been communicated to the population.

In this context, **Councillor Anne Arend (CSV)** proposed the publication of a new brochure for all residents.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (Déi Gréng) enquired about the inclusion of non-Luxembourgers on the electoral roll, following which **Mayor Nicolas Pundel (CSV)** announced that the number of non-nationals on the roll had reached over 14 %, placing Strassen in third place in the country.

Councillor Anne Arend (CSV) reported on the good atmosphere at the Christmas market.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (Déi Gréng) wanted the reports of all the communal consultative commissions to be forwarded to the members of the Communal Council, while **Anne Arend (CSV)** was critical of the composition of the Finance Commission. She explained that 4 members out of 7 were also part of the Communal Council, making the discussion on the budget redundant.

6. Staff matters (in camera).

a) Decisions on the final appointment of a communal official.

In a closed session, the Communal Council dealt with the final appointment of a communal civil servant.



COMMUNE DE
Strassen

